

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Tarifrunde 2012

Ein Erfolg auf ganzer Linie?

Die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie ist Vergangenheit. In der Nacht zum 19. Mai einigten sich die Tarifparteien in Sindelfingen auf einen neuen Tarifvertrag mit einer 13monatigen Laufzeit. „Kräftige Einkommenszuwächse, mehr Sicherheit für Junge sowie mehr Mitsprache und mehr Geld bei Leiharbeit – das Ergebnis kann sich sehen lassen“, beschreibt direkt, das Infoblatt für Funktionäre der IG Metall, das Ergebnis. Dem schließen sich Berthold Huber und die Tarifkommissionen von Baden-Württemberg an. „Wir haben einen Forderungsdreiklang aufgestellt, um die Herausforderungen einer modernen Arbeitswelt bewältigen zu können“, sagt Huber am 19. Mai in Sindelfingen. Und wertet das Ergebnis als „guten Kompromiss“.

Erhöhung der Löhne und Gehälter

Und in der Tat, auf den ersten Blick sieht das Ergebnis gar nicht so übel aus. Deshalb gilt es zu überprüfen, ob und inwieweit die positive Bewertung des Abschlusses durch den IG Metall-Vorstand gerechtfertigt ist. Beginnen wir mit dem Geld: Der

Abschluss sieht die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 4,3 Prozent ab dem 1. Mai vor.

In der Pressemitteilung der IG Metall zum Tarifabschluss ist dazu zu lesen: „4,3 Prozent gleichen die Preissteigerung mehr als aus. Das Ergebnis liegt auch deutlich über dem verteilungsneutralen Spielraum aus Inflation und Produktivitätsanstieg. Die Beschäftigten werden am Wohlstandszuwachs ordentlich beteiligt“.

Abgesehen davon, dass das Tarifergebnis, umgerechnet auf 13 Monate, nur bei 4 Prozent liegt, ist die vereinbarte Entgelterhöhung von 4,3 Prozent die höchste Erhöhung seit 10 Jahren. Aus diesem Grunde wird sie auch von den Beschäftigten über-

wiegend positiv akzeptiert. Trotzdem ist sie alles andere als üppig. Berücksichtigt man noch die Reallohnverluste der vergangenen Jahre und die Einbußen durch lang anhaltende Kurzarbeit, die viele Metaller erlitten, dann ist das vorliegende Ergebnis nicht mehr als der Tropfen auf den heißen Stein. Um die Verluste der Werkträgern auch nur annähernd auszugleichen, wäre eine Entgelterhöhung notwendig gewesen, die weit über der gestellten Forderung gelegen hätte. So wird lediglich der Status quo des vergangenen Jahres gehalten.

Bei ihrer Feststellung, dass das Tarifergebnis „deutlich“ über dem

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Tarifrunde 2012, Ein Erfolg auf ganzer Linie?	S. 1
Die Partei Die Linke in einer tiefen Krise	S. 6
Arabischer Frühling?	S. 12
Türkei, ein neues Wirtschaftswunder?	S. 20
Nordkorea: Die gefrorene Revolution, Teil II	S. 25
Kommunalwahlen in Großbritannien	S. 31
Die BBC-Rede von Heinz Kundel am 4. Januar 1945	S. 32

In eigener Sache

Der Ausgang der Wahl löst das Problem Griechenland noch lange nicht. Die bisherige Politik der Merkel, Sarkozy & Co. ist gescheitert. Die explosive Ausweitung der Finanzkrise auf immer mehr Länder bringt auch den Kern der Eurozone in Gefahr. Nach Irland, Griechenland, Portugal und Spanien sind jetzt Italien und Zypern an der Reihe. Doch der deutsche Michel schläft noch gut, während selbst bürgerliche Zeitungen in ihren Leitartikeln das Übergreifen der Rezession und der Überschuldungskrise auf das mit zwei Billionen Euro verschuldete Deutschland voraussagen.

Wie die deutsche Arbeiterklasse auf die kommenden Verschlechterungen ihrer Lebenslage reagieren wird, bleibt abzuwarten. Vorerst jedenfalls bleibt sie ein politisches „Nichts“. Auch soweit sie noch gewerkschaftlich organisiert ist, sucht sie noch den Konsens mit der Unternehmerschaft, begnügt sich manchmal auch nur mit deren Brosamen.

Auch die nun abgelaufenen Tarifrunden bei der IG Metall und erst recht bei ver.di bewegten sich innerhalb dieser Kooperationsbereitschaft. Unser Artikel geht näher darauf ein, was erreicht wurde, oder auch nicht, und wie die IGM-Zentrale das zu verkaufen versucht.

Bei solchen Verhältnissen einer entpolitisierten und klassenkampf-

entwöhnten Arbeiterschaft wäre es direkt ein Wunder, wenn es auf der sie vertretenden Ebene nicht ebenso trübe aussehen würde. Die Krise der Linkspartei ist ja nur der eine Teil. Die Krise der Linken in Deutschland insgesamt ist ja längst zur Dauerkrise geworden. Sie hält groteskerweise sogar auch dann an, wenn das kapitalistische System immer mehr die ökonomische Funktionalität verliert, der ethische Überlegenheitsanspruch längst verloren gegangen ist.

In einem Artikel zur Krise der Linkspartei gehen wir auf die innenpolitischen Veränderungen ein, die deren Schwächen hervortreten haben lassen und die zum Wahldesaster in Schleswig-Holstein und NRW geführt haben.

Einen kleinen Ausschnitt aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland hat uns wieder Jörg Wollenberg zukommen lassen. Er berichtet vom politischen Wirken seines Mentors Heinz Kundel. Den Älteren unter uns ist er noch in guter Erinnerung aus der Zeit der Zusammenarbeit in der Gruppe Arbeiterpolitik.

Ansonsten haben wir den Blick in die weite Welt gerichtet. Viele Artikel fußen auf den Referaten unseres Münchner Seminars. Wir fragen, was aus dem „arabischen Frühling“ geworden ist; wollen auch die vor-

wiegend einseitigen Stellungnahmen zu Syrien durchbrechen. Aus dem Artikel zur Türkei wird klar, warum es so notwendig ist, einmal aus unserer Warte über die Zustände dort zu berichten. In unserer Reihe über Nordkorea befaßt sich der zweite Teil mit der politischen Entwicklung seit dem Koreakrieg bis heute. Ein dritter Teil mit einer Einschätzung der Lage in der Gegenwart folgt. Ein britischer Freund berichtet über die Kommunalwahlen in Großbritannien.



Wir danken allen Spendern und Abo-Zahlern! Wir haben im März nicht überall einen Zahlschein beilegen können, da die Postbank nur eine begrenzte Anzahl lieferte. Wir holen dies hiermit nach und würden uns über die Unterstützung der Leser freuen.

Wir danken auch für die Leserbriefe und ersuchen um Nachsicht, wenn wir nicht immer gleich antworten können

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

verteilungsneutralen Spielraum liege, legten die *direkt*-Redakteure eine Inflationsrate von 1,9 Prozent und eine Produktivitätssteigerung von 1,0 Prozent zugrunde. Damit ergibt sich nach ihrer Rechnung ein verteilungsneutraler Spielraum von 2,9 Prozent. Nochmals zur Erinnerung: Liegt eine Entgelterhöhung innerhalb dieses verteilungsneutralen Spielraums, ist sie für den Kapitalisten keine Kostenbelastung, die seinen Profit schmälert. Es gibt darüber hinaus auch andere Berechnungen, die auf einen verteilungsneutralen Spielraum von 5 Prozent kommen, wobei hier die angenommene Produktivitätssteigerung in den Betrieben weit höher angesetzt wird.

Doch zurück zu der Berechnung der IG Metall. Die Differenz zwischen diesem verteilungsneutralen Spielraum und der jetzt ausgehandelten Entgelterhöhung liegt auf 12 Monate gerechnet bei 1,1 Prozent. Dieses starke eine Prozent macht es nach Ansicht des IGM-Apparates aus, dass „die Beschäftigten ... am Wohlstandszuwachs ordentlich beteiligt (werden)“. Es ist schon unglaublich, was alles getan wird, um ein dürftiges Ergebnis schön zu schreiben. Dabei wissen sie es besser. In einer Information für Angestellte ist zur Begründung der Forderungshöhe zu lesen: „Um 7,4 Prozent ist die Produktivität in der Metall- und Elektroindustrie gestiegen. Das heißt: Bei gleichem Einsatz wurde pro Stunde über 7 Prozent mehr produziert. (...) Um Einkommensverzerrungen zwischen unterschiedlichen produktiven Branchen zu vermeiden, legt die IG Metall stets die Produktivitätssteigerung der Gesamtwirtschaft zugrunde: für 2012 erwartete 1,0 Prozent“. Und weiter ist in der besagten Information zu lesen: „Die Unternehmer haben 2011 gut verdient. Entgeltzuwächse über den verteilungsneutralen Spielraum hinaus beteiligen die Beschäftigten daran“. Das ist eine glatte Lüge! Die Werkstätigen werden in keiner Weise an den Profiten der

Kapitalisten beteiligt. Nach Abzug der Steuern und Sozialbeiträge wird es für sie in diesem Jahr bestenfalls ein Nullsummenspiel sein. Mehr auch nicht!

Die Kapitalseite dagegen ist der eindeutige Gewinner. Nicht nur, dass



in den Metall- und Elektrobetrieben die tatsächliche Produktivitätssteigerung um 6,4 Prozent über der Berechnungsgrundlage der IG Metall liegt, nein, auch der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten ist in der Branche äußerst gering. Er liegt inzwischen nur noch bei durchschnittlich 16,1 Prozent.

Diese Entwicklung fällt inzwischen selbst den bürgerlichen Medien auf. Der Spiegel schreibt in seiner Ausgabe Mitte Mai: „Eigentlich müssten bei so einem Abschluss die Gewerkschaften jubeln und die Arbeitgeber jaulen, doch die Reaktionen fallen auf beiden Seiten erstaunlich gelassen aus. (...) Das ist natürlich ein guter Abschluss, sagte ein Sprecher des Sportwagenbauers Porsche am Freitag. Er sei für beide Seiten fair“. Und der Spiegel kommt bei seiner Betrachtung schließlich zu dem Ergebnis: „der Lohnkostenanteil in der hochtechnisierten Metallindustrie liegt inzwischen so niedrig, dass es sich für die Arbeitgeber längst nicht mehr lohnt, deswegen einen flächendeckenden Streik zu riskieren“.

In der betrieblichen Praxis ist der Entgeltabschluss für die Unternehmer also mehr als komfortabel. Sie können die Lohn- und Gehaltserhöhungen wohl aus der Portokasse bezahlen.

Und für die Beschäftigten ist der Abschluss – wie war das nochmal: eine ordentliche Beteiligung am Wohlstandszuwachs? Was will man dazu noch sagen?!

Übernahme der Auszubildenden

Das zweite Forderungselement war die unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach dem Ausbildungsende. Hier war in vielen Betrieben in der Vergangenheit die Praxis so, dass, wenn übernommen wurde, eine Befristung der anderen folgte.

In dem neuen Tarifvertrag wurde jetzt, wie auf der Homepage der IG Metall nachzulesen ist, das folgende vereinbart: „Arbeitgeber und Betriebsrat können eine Betriebsvereinbarung abschließen. In dieser Vereinbarung wird der Bedarf, den Arbeitgeber und Betriebsrat gemeinsam feststellen, festgelegt. Auszubildende, die zu diesem ‚Bedarf‘ zählen, werden nach dem neuen Tarifvertrag nach bestandener Abschlussprüfung unbefristet übernommen. Über Bedarf Ausgebildete haben keinen Anspruch auf Übernahme.“

Über Bedarf Ausgebildete haben Anspruch auf eine befristete Übernahme von zwölf Monaten. Bisher mussten sie überhaupt nicht weiterbeschäftigt werden. Zusätzlich muss der Arbeitgeber drei Monate vor Auslaufen der Befristung prüfen, ob eine Weiterbeschäftigung möglich ist“. Und Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, meint sogar: „Die Jungen sind die großen Gewinner des Tarifergebnisses“.

Der Spiegel schreibt dazu in der erwähnten Ausgabe: „Auch beim Streitthema Azubi-Übernahme haben sich die Arbeitgeber große Freiräume gesichert. So sieht der Tarifvertrag künftig zwar im Regelfall die unbefristete Übernahme von Azubis nach der Lehre vor - doch die Liste möglicher Einschränkungen und Hintertürchen ist lang“.

Die Kritik ist richtig. Auch dieser Teil des neuen Tarifvertrages hat deutliche Schwachstellen. Laut IG Metall wird zukünftig der Personalbedarf von den Betriebsparteien ermittelt und festgelegt. Der Betriebsrat hat dem Unternehmer gegenüber jedoch lediglich ein Beratungs- und kein Mitbestimmungsrecht. Das

heißt, juristisch kann der Betriebsrat die Übernahme von Auszubildenden nicht erzwingen. Die regionalen Arbeitgeberverbände haben das auch sofort nach Tarifabschluss ihren Mitgliedsbetrieben gegenüber festgestellt: „Den voraussichtlichen Bedarf bestimmt der Arbeitgeber“. Wie kann es auch anders sein! Ohne Not lassen sich die Kapitalisten ihr Direktionsrecht nicht nehmen.

Die Möglichkeiten, die Übernahme der Azubis zu umgehen, sind also sehr umfassend. Wenn die IG Metall, um ihren Abschluss positiv zu verkaufen, sagt: „Die Auszubildenden werden nach bestandener Abschlussprüfung künftig unbefristet übernommen“, dann ist das nur bedingt richtig!

Trotzdem sollte man nicht so weit gehen, wie jener Metaller, der im Labournet geschrieben hat: „Auf der Ebene der Übernahme der Ausgebildeten hat die IGM außer heißer Luft praktisch gar nichts erreicht“. Zwar kann ein Betriebsrat die Übernahme nicht juristisch erzwingen, doch ist mit der neuen Regelung seine politische Ausgangslage deutlich besser geworden. Der Unternehmer muss sich auf Verhandlungen hinsichtlich der Übernahme einlassen. Und dadurch ergeben sich für Betriebsräte in der Folge deutlich verbesserte Möglichkeiten, politisch Druck auf den Unternehmer auszuüben – sofern sie das wollen.

Die Schwachstellen dieser Übernahmevereinbarung werden vermutlich erst zu einem späteren Zeitpunkt zu Tage kommen. Momentan ist der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in den Betrieben sehr hoch, so dass in der Metall- und Elektroindustrie die Übernahme von Auszubildenden fast die Regel ist. Spätestens aber, wenn die Konjunktur wieder nach unten rutscht, wird sich die tatsächliche Qualität dieser tariflichen Regelung zeigen.

Leiharbeit zu „fairen“ Bedingungen?

Hier wollte die IG Metall Großes erreichen, nämlich die wirkliche Mitbestimmung des Betriebsrates beim Einsatz von Leiharbeitskräften. Und auf der Homepage der IG Metall wird behauptet, das jetzt erreicht zu

haben. Wir lesen dort: „Der Einsatz bedarf der Zustimmung des Betriebsrats. Er darf darüber hinaus nur vorübergehend sein. Der Tarifvertrag legt die Kriterien hierfür fest. Unter anderem ist der Einsatz zulässig, wenn im Betrieb spezielle Qualifikationen fehlen oder kranke Beschäftigte vertreten werden müssen. Oder wenn es gilt, Auftragsspitzen abzarbeiten“.



Hier sei festgestellt, das ist keine Veränderung zum juristischen Ist-Zustand! Hier werden die Möglichkeiten, die es jetzt schon gibt, beschrieben! Bereits heute hat der Betriebsrat durch das Betriebsverfassungsgesetz Mitwirkungs- und Beratungsrechte bei allen Angelegenheiten, die die Arbeitsplätze betreffen. Darüber hinaus hat er bei Einstellungen ein Mitbestimmungsrecht. So kann er z.B. gegen eine Einstellung ein Veto einlegen, wenn diese unter anderem gegen einen Tarifvertrag verstößt. Geschieht das, kann der Unternehmer nur dann einstellen, wenn er sich dafür die Zustimmung vom Arbeitsgericht einholt, wie das jüngst bei BMW in Leipzig geschehen ist. Mit der Tarifregelung zur Leiharbeit wird er in Zukunft an diesem Punkt eingeschränkt. Der Einstellung von Leiharbeitern kann er deshalb nicht mehr grundsätzlich widersprechen, weil deren Einsatz jetzt tariflich geregelt ist. Das hat für aktive Betriebsräte

zur Folge, dass sich ihre Möglichkeiten, das Gesetz im Interesse ihrer Kollegen zu interpretieren, verringern.

Eine weitere Regelung im Tarifvertrag betrifft die Übernahme von Leiharbeitern: arbeitet ein Leiharbeiter zwei Jahre im selben Betrieb, muss er dort künftig ein Angebot für eine feste Stelle erhalten. Diese Regelung geht voll an der betrieblichen Realität vorbei. Alle Beteiligten wissen, dass es einen Leiharbeiter mit einem so langen Einsatz im selben Betrieb kaum gibt. Im Durchschnitt arbeitet ein Leiharbeiter nämlich nur maximal 12 Monate im selben Betrieb. Diese Tarif-Regelung ist also reine Kosmetik.

Doch es wird noch bescheidener: Der Tarifvertrag sieht vor, dass in freiwilligen (!) Betriebsvereinbarungen Einsatzzweck, Einsatzbereich, Höchstgrenzen und Übernahmeregelungen vereinbart werden können. Ist ein Unternehmer zu einer solchen Vereinbarung bereit, kann er im Gegenzug weitere Arbeitszeitflexibilisierung verlangen. Im Klartext heißt das, dass der Anteil der KollegInnen, die heute bereits wieder 40 Stunden arbeiten müssen, um 12 Prozent erhöht wird. (in BaWü von 18 auf 30 Prozent, in den anderen Bezirken von 13 auf 25 Prozent). Tariflich ist geregelt, dass in einem solchen Fall im selben Umfang 30-Stunden-Verträge (ohne Lohnausgleich) angeboten werden müssen, was aber nur schwer zu verwirklichen sein wird.

Man kommt nicht umhin, festzustellen, dass die IG Metall hier ohne Not der weiteren Aushöhlung der 35-Stunden-Woche zugestimmt hat und damit der völligen Zerstörung dieses Tarifvertrages objektiv den Weg bereitet. In einem sechswöchigen Streik begann vor 28 Jahren der Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung. Diese musste in den Folgejahren in heftigen Auseinandersetzungen mit dem Kapital durchgesetzt und verteidigt werden. Und jetzt dieses Zugeständnis! Für einen Tarifvertrag, der, die Leiharbeit betreffend, nicht das Papier wert ist, auf dem er steht. Für die Kapitalisten, die sich nie mit der 35-Stunden-Woche abgefunden hatten, ist das mehr als ein Erfolg.

Resümierend kann man feststellen, dass dieser Tarifvertrag nicht

zu der Eindämmung von Leiharbeit führt, sondern zu deren Zementierung.

Tarifvertrag mit den Zeitarbeitsverbänden

Obwohl die IG Metall unter den Zeitarbeitern kaum Mitglieder hat, hat sie mit den Zeitarbeitsverbänden BAP und IGZ einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem für die Metall- und Elektroindustrie Branchenzuschläge vereinbart worden sind. Diese Zuschläge liegen laut IG Metall nach einem sechswöchigen Einsatz „(...) zwischen 15 und 50 Prozent (und) bringen Leiharbeitnehmern in der untersten Entgeltgruppe 186 bis 621 Euro mehr Geld im Monat. In der obersten Entgeltgruppe beträgt das Plus 414 bis 1380 Euro. Ab neun Monate Einsatzdauer gilt die Höchststufe von 50 Prozent – die durchschnittliche Einsatzdauer von Leihbeschäftigten in Metallbetrieben liegt darüber“. Umgehen können die Metallunternehmer diesen Tarifvertrag nicht, weil mit Gesamtmetall vereinbart ist, dass deren Mitgliedsbetriebe nur noch Verträge mit Verleihfirmen abschließen dürfen, die auch diese Zuschläge bezahlen. Der Tarifvertrag tritt am 1. November in Kraft und hat eine Laufzeit von fünf Jahren.

Obwohl auch in Zukunft Leiharbeiter gegenüber einer Stammbelogschaft deutlich schlechter gestellt sind, sind die Branchenzuschläge natürlich eine deutliche Verbesserung für die betreffenden KollegInnen. Es fragt sich nur, warum die Kapitalisten bereit für dieses Zugeständnis waren. An der gewerkschaftlichen Kraft in den Verleihfirmen kann es nicht liegen, denn diese gibt es dort nicht. Also müssen andere „Argumente“ eine Rolle gespielt haben.

Für die Zeitarbeitsverbände lässt sich Frage relativ leicht beantworten. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als dieses Zugeständnis zu machen, sonst wären sie in Zukunft nicht mehr in die Metall- und Elektrobetriebe gekommen. Aber warum ging Gesamtmetall diesen Weg mit? Diese Frage ist von außen (zur Zeit) nicht zu beantworten. Und fast zwangsläufig entsteht der Eindruck, dass hier gemauschelt wurde. Vielleicht zeigt die Zukunft, welchen Preis die IG Metall

bezahlt hat, um dieses Zugeständnis von Gesamtmetall zu erhalten.

Sieger Gesamtmetall

Analysiert man das Tarifiergebnis der IG Metall im Gesamten, kommt man zu dem Schluss, dass das Ergebnis weder ein „Rekordab-



schluss“, wie der Spiegel schreibt, ist und auch nicht ein „Ergebnis, sich das sich sehen lassen kann“, wie direkt meint. Unter dem Strich ist eindeutig Gesamtmetall der Sieger. Die vereinbarte Entgelthöhe liegt weit unter dem verteilungsneutralen Spielraum der Betriebe, die Übernahmeverpflichtung der Azubis hat genügend Hintertürchen, um sie bei Bedarf umgehen zu können und die neu geregelte Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit ist reine Kosmetik, verbunden mit der Erhöhung der betrieblichen Flexibilität, die zu Lasten der Belegschaften geht. Lediglich die Branchenzuschläge für

Leiharbeiter scheinen eine deutliche materielle Verbesserung für diesen KollegInnenkreis zu sein, wobei der dafür bezahlte Preis nicht bekannt ist.

Mehr war aber für die IG Metall nicht erreichbar, trotz der beeindruckenden Warnstreikzahlen von über 800.000 Metallern. Die Tarifrunde war seitens des Gewerkschaftsvorstandes von vorneherein als reine Verhandlungsrunde angelegt. Ein Streik war nicht gewollt. Man hoffte mit der neu gewonnene „Reputation“ im Unternehmerlager zu einem „vernünftigen“ Ergebnis zu kommen. Bei einer realistischen Einschätzung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse hätte aber auch einem Berthold Huber und einem Detlef Wetzel klar sein müssen, dass man mit qualitativen Forderungen, die tief in das Direktionsrecht der Unternehmer eingreifen, nur mit dem Mittel des Streiks tatsächlich reale Verbesserungen erreicht. Um aber das gesamte Forderungspaket streikfähig zu machen, hätte der Forderungsteil, der die Interessenslage aller Beschäftigtengruppen gleichermaßen betrifft, nämlich das Geld, deutlich höher sein müssen. Bei der so geringen Differenz von 2,2 Prozent zwischen Forderung und Angebot lässt sich ein Streik nicht mehr führen – für die Mitbestimmung von Betriebsräten und für die Übernahme von Auszubildenden alleine aber auch nicht. Deshalb war die Aufstellung der Entgelt-Forderung von 6,5 Prozent das Zeichen an das Unternehmerlager: „Wir wollen euch nichts tun!“. Es ist nicht wahrscheinlich, dass aufgrund des jetzt vorliegenden Ergebnisses bei der IG Metall-Spitze ein Nachdenkprozess eintritt, der zu einem zukünftigen veränderten Handeln führt. Verändern kann sich nur etwas, wenn von der Gewerkschaftsbasis entsprechender Druck kommt. Momentan lässt sich ein solcher Druck von aktiven, kritischen Gewerkschaftern nur schwer entwickeln, was nicht zuletzt der Sonderrolle der deutschen Ökonomie in Europa geschuldet ist. Das muss allerdings nicht so bleiben. Dabei haben die Tarifrunden im Metallbereich und bei ver.di gezeigt, dass die Belegschaften durchaus mobilisierbar sind. Besonders positiv dabei war die aktive Beteiligung der Jungen bei Streiks und Aktionen. Das gibt für die Zukunft durchaus Anlass zur Hoffnung.



Die Partei Die Linke in einer tiefen Krise

Ihre Gegner und die Schreiber der Mainstream-Presse reiben sich schadenfroh die Hände. Die einen sehen die Partei schon vor dem Aus, die anderen vor der Spaltung und vor dem Zerfall. Der politische Richtungsstreit in der Linken wird vor allem auf die agierenden Personen zurückgeführt, die ihre Geltungs- und Streitsucht ausleben und denen das wichtigste die Postenjagd ist. Natürlich gibt es das auch bei den Linken, wie in jeder anderen Partei. Doch wenn der Zwist nun besonders zu Tage tritt – Fraktionschef Gysi spricht sogar von „Hass“ – so stecken dahinter eine Reihe politischer Gründe und Niederlagen, die noch zur Sprache kommen sollen.

Hinzu kommt: Das Aufbauschen der Vorgänge in Zeitungen und Fernsehen soll davon ablenken, welche gewaltige Niederlage die CDU gerade im bedeutendsten Bundesland Nordrhein-Westfalen hinnehmen musste und in welchem irritierendem Zustand sich die Regierungskoalition in Berlin befindet; ganz zu schweigen vom Herunterspielen der Krisen des Kapitalismus, dessen Finanzkrisen die EU und den Euro ins Wanken bringen.

Wenn sogar die Wochenzeitung *Freitag*, ein Blatt mit linkem Anspruch, Die Linke „am Ende“ sieht, das „schäbige“ Streiten in der Linkspartei hervorhebt, muss man sich doch fragen, für wie vergesslich

das Publikum eingeschätzt wird. Gab es nicht monatelang während des Absturzes der FDP die persönlichen Anfeindungen zwischen Westerwelle und Rösler, auch Kubickis und Lindners Alleingänge? Wie war das mit der „Gurkentruppe“? Was ist mit den ewigen Quertreibereien der CSU und Seehofers Rempelen gegenüber der Schwesterpartei CDU? Und dann war da noch der fiese Wortbruch Merkels gegenüber dem CDU-Vize Röttgen... Nicht nur in Der Linken, auch bei SPD und Grünen gibt es nicht immer die feine Art bei der Kandidatenaufstellung.

Außerdem ziehen neue Parteien wie Die Linke nun mal auch absonderliche Gestalten an.

Die persönlichen Querelen und der Kampf um die Führung sind aber nicht der Grund für die tiefe Krise der Linkspartei, die nach Sarah Wagenknecht eine „Existenzkrise“ ist. Solche Erscheinungen sind Ausdruck der Veränderungen der politischen Bedingungen. Es sind Verschlechterungen eingetreten, welche die Partei Die Linke rundum den Zugang zur Partei und ganze Wählerschichten gekostet haben. Verschiedene Entwicklungen hatten den Aufstieg der Linkspartei einst ermöglicht, mit bis zu 11,9 % bei der Bundestagswahl 2009 (8,3 % im Westen). In erster Linie war es die soziale Lücke, die eine durch die verheerende Agenda-Politik heimgesuchte SPD hinterließ.

Die Linke konnte auch als Protestpartei fungieren. Im Osten war sie Regionalpartei, in der die Pragmatiker zudem stärker waren als die DDR-Nostalgiker und Marxisten.

Folgen subjektiver und objektiver Verschlechterungen für Die Linke

Der Aufstieg der Partei war verbunden mit sozialen Bewegungen, wie vor allem den Protesten gegen Hartz IV. Diese sind in relevanter Größe Vergangenheit. Mit ihrer Beteiligung bei der Occupy-Bewegung und antifaschistischen Bewegungen ist die Partei Die Linke nur eine Kraft unter anderen. Der Kern ihres Absturzes liegt im Verlust der Wahrnehmung ihrer sozialen Kompetenz. In der Zeitspanne nach den Schröder-Regierungsjahren ist es der SPD gelungen, den vergesslichen Menschen eine Kehrtwende vorzugaukeln. Heute, in der Opposition, bietet sie sich wieder als soziale Partei an, will ihre einstige Privatisierungspolitik, ihre Rentenmaßnahmen und ihre Kriegsbeteiligungszustimmung am liebsten unter den Teppich kehren und tritt nun verbal für einen Mindestlohn ein.

Kürzlich gab es eine Umfrage von Infratest dimap im Auftrag der WDR, mit welcher Partei der Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ verbunden wird. Allen anderen voraus wurde

die SPD schon wieder mit 47 % benannt und sogar die CDU mit 20 %. Die Partei Die Linke war mit 3 % weit abgeschlagen – und das auf ihrem Kerngebiet! Das schlug sich gewaltig auf die Landtagswahlergebnisse in Schleswig-Holstein mit nur 2,2 % nieder, noch mehr in NRW mit 2,5 % (2010 5,6 %). In Schleswig-Holstein gingen 2/3 ihres Verlustes auf das Konto der Wahlverweigerer, 14 % an die SPD und 10 % an die Piraten. Am schlimmsten war der Einbruch bei den Arbeitslosen von 18 % auf 8 %, bei den Arbeitern und Arbeiterinnen von 13 % auf 4 %! In NRW war es ähnlich. Wie in Schleswig-Holstein mieden auch dort die Jung- und Erstwähler die Partei Die Linke. Viele Arbeiter und Gewerkschafter glauben wohl, auch in der Praxis mit der SPD mehr zu erreichen als mit einer schwachen Linken. Ein weiteres Milieu Der Linken, Sozialempfänger, Niedriglöhner und Arme, ist immer weniger zu mobilisieren. Sie haben jeden Glauben an eine politische Veränderung ihrer Lage verloren. In Schleswig-Holstein sank die Wahlbeteiligung von 74 auf 60 %. Dank des Lafontaine-Bonus ist das Saarland immer noch Ausnahmeland im Westen. Auch hier hat Die Linke Stimmen verloren, doch sollen 41 % der dortigen Arbeitslosen die Partei Die Linke gewählt haben.

Der damalige Vorsitzende der Linken hat im März im *Tagesspiegel* noch gemeint: „Die SPD muss einsehen: ohne die Linke keine linke Regierung“. Da kann man nur sagen, woher weiß Ernst, dass SPD und Grüne überhaupt eine linke Regierung wollen? Für sie ist Die Linke Konkurrenz, die man am besten kaputt macht. Und nur, wo man sie vorübergehend zur Regierungsmehrheit braucht, wie in NRW, da duldet die SPD die Duldung. Danach lässt man die Linke wieder auflaufen. Das zeigen doch die Tatsachen. Obwohl eine rosa-rote Regierung möglich gewesen wäre, im Saarland, in Berlin, Thüringen, Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern ist die SPD in eine große Koalition mit der CDU eingetreten. Einzig für Brandenburg gilt bisher diese „Ausschlussverfahren“ der SPD noch nicht. Es gab gewiss auch Wähler, die von dieser Konstellation ausgehend der Meinung waren, wenn man etwas bewirken wolle, müsse man trotz allem wieder SPD wählen.

Die undemokratische 5 %-Klausel schreckte zudem manche Wähler ab, die davon bedrohte Linke zu wählen.

Manche Themen Der Linken, zu Regierungszeiten der Sozialdemokraten noch gegensätzlich und aktuell, scheinen es heute nicht mehr zu sein oder in der alter Schärfe nicht mehr zu bestehen. Vor allem betrifft das Forderungen, die auch von den Gewerkschaften erhoben werden: gegen Leiharbeit, gegen Niedriglohnsektor, für „gerechten“(!) Lohn, gegen die Pläne zur Gesundheits„reform“ usw. Das gilt auch für eine Modifizierung der Rentenregelung. SPD und Linke behaupten, sie seien für eine Reichensteuer. Die Antikriegsbewegung ist abgeflaut, seit klar war, dass der Abzug aus Afghanistan nur noch eine Frage der Zeit ist. Die Abschaffung der Wehrpflicht schafft außerdem weniger direkt Betroffene. Schwierigere Problemfelder, die von der Partei Die Linke vertreten werden oder Ausdruck grundsätzlicher Einstellungen sind, werden von der Wählerschaft noch nicht aufgenommen oder als nicht lösbar betrachtet. Das betrifft die Krisenproblematik, zumindest solange Deutschland das Land der Konjunkturseligen sein soll, wie auch die Ablehnung von Schuldenbremse und Fiskalpakt durch Die Linke. Die von Der Linken vertretene Bankenverstaatlichung und das Eintreten für die 30 Stunden-Woche werden ebenso wenig ernst genommen wie die Forderung nach einer Rückgängigmachung der Umverteilungspolitik von unten nach oben. Das alles kann sich ändern und wird sich ändern; aber nicht durch Parolen allein, sondern indem es durch veränderte Verhältnisse zum Bedürfnis der Massen wird. Erst dann hat eine linke Partei die Möglichkeit, eine entsprechende Bindung mit der Basis herzustellen.

Das nahende Ende der relativ guten Wirtschaftslage in Deutschland wird auch politisch manches ändern

Die Linke ist auch nicht mehr in dem Ausmaß Protestpartei, wie sie es einmal war. Die Partei hatte lange Zeit Wähler angezogen, die ihr als Protest gegen den abstoßenden politischen Betrieb in Deutschland aus verschiedenen Gründen ihre Stimme

gaben. Diese Wähler mussten nicht unbedingt links sein. Durch den erfolgreichen Antritt der Piratenpartei hat sie nun wieder viele davon verloren, bzw. andere nicht mehr von sich überzeugen können, was nicht zuletzt dem inneren Zustand der Linkspartei zuzuschreiben ist. Vor allem Neuwähler und politisch unbedarfte Jungwähler sind den Internetfreaks zugeströmt. Überraschend jedoch, dass die Piraten bei der Landtagswahl in NRW mit einem Plus von sieben Prozentpunkten unter den Gewerkschaftern glänzen konnten. Das ging vor allem auf Kosten der Linkspartei und der CDU. Was sich Gewerkschafter von einer Partei mit ausgesprochenen heterogenen Ansätzen versprechen, deren Mitglieder kaum betriebliche und gewerkschaftliche Berührungspraxis hinter sich haben, deutet auf ziemliche Oberflächlichkeit und klassenpolitischen Tiefstand hin. Für den steilen Aufstieg der Piraten nicht unwichtig war, dass die Meute der Medienmacher die Piraten gezielt ins Rampenlicht hoben, wohl nach dem Motto: „Besser wirt als links“! Es ist wohl kein Zufall, dass als Bundesvorsitzender ein Regierungsdirektor im deutschen Kriegsministerium gewählt wurde.

Anzeige

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opportunisten 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



	CDU	SPD	Linke	FDP	Grüne	Piraten	Nichtw.
CDU	-	-190000	0	-150000	-20000	-60000	-130000
SPD	190000	-	90000	20000	60000	-90000	110000
Linke	0	-90000	-	-10000	-30000	-80000	-20000
FDP	150000	-20000	10000	-	10000	-40000	20000
Grüne	20000	-60000	30000	-10000	-	-80000	50000
Piraten	60000	90000	80000	40000	80000	-	70000

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

Die Manipulierungsmaschine

Für den Niedergang der Partei Die Linke spielt die Beeinflussung der Öffentlichkeit eine große Rolle, vor allem durch das Fernsehen und die Presse. Diese sind fast ausschließlich in „rechter“ Hand. Im Kapitalismus ist nun mal die herrschende Meinung die Meinung der Herrschenden. Und die haben auch die dafür notwendigen großen Finanzmittel.

Die Partei Die Linke wurde nicht nur im Wahlkampf, sondern schon die ganze Zeit vorher in unglaublichem Ausmaß boykottiert oder man kramte alles Negative hervor, um ihr zu schaden. Ihre politischen Aussagen, ihre Stellungnahmen zum aktuellen Geschehen, ihre Gegenvorschläge – weithin Fehlanzeige. Dafür sind Unterstellungen, Verdrehungen und Verleumdungen übliche Praxis. Was z. B. ARD und ZDF zum Parteitag in Sondersendungen brachten, war eine abgefärbte Schande. Natürlich mussten sie über die Zwietracht und den Streit, der sich dort aufgeladen hatte, berichten. Aber auch da suchten sie sich ihre Interviewpartner nach ihrem Gusto aus. Man muss es doch erst einmal fertigbringen, mit keinem einzigen Wort in einer Parteitagssondersendung auf politische Aussagen einer Partei einzugehen, sie auch nur zu erwähnen!

Was die Nachrichtenagenturen anbelangt, so schickten sie den Zeitungsredaktionen von vornherein entsprechend Die Linke niederziehende Artikelmaterialien. Das ist alles natürlich nichts Neues, das hatte man früher mit den Kommunisten auch so gemacht. Für die Wenigen, die das noch durchschauen, enthüllt sich damit wieder einmal die Hohlheit und Heuchelei der bürgerlichen Demokratie!

Es ist nicht nur die Meinungsmanipulation, sondern es sind auch

die Wahlkampfmittel, die eine Wafengleichheit zementieren. Vor allem die Rechtsparteien sind im Vorteil, denn über sie ergießt sich der Millionensegen der Konzerne und Wirtschaftsverbände. Da diese Spenden auch noch steuermindernd sind, zahlt der kleine Steuerzahler indirekt die Förderung der von ihm abgelehnten Parteien mit.

Seid ihr noch Genossen?

Wenn eine Partei in der Größenordnung der Linken in drei Landtagswahlen 343.000 Stimmen verliert, ist das ein „dramatischer Vertrauensverlust“ (*Wagenknecht*). Auch der Zustand der Partei hat daran seinen gehörigen Anteil.

Die Zwietracht und die persönlichen Anfeindungen haben der Partei schwer geschadet, Sie haben einen gehörigen Anteil an ihrem Absturz. Auch wenn man zugestehen muss, dass eine solche Partei als Sammelbecken verschiedener Linker auf Meinungsstreit nicht verzichten darf, so kommt es doch auf die Form an und es müssen Grenzen gesetzt sein. Ohne Rückbesinnung auf die gemeinsamen Ziele – gerade in Zeiten weltweiter Spannungen und ökonomischer Erschütterungen – hat die Partei keine Zukunft mehr. Abgesehen von den objektiven Veränderungen und dem Anstinken der Medien muss in der Partei selbst sich viel ändern. Das Desaster von Schleswig Holstein und NRW ist ein letzter Weckruf. 69 % Stimmenverlust in Schleswig-Holstein, da ist auch vieles selbstverschuldet. Nach dem ZDF-Politbarometer halten 67 % der Bevölkerung die Partei Die Linke in wichtigen politischen Fragen für zerstritten. Auch ist der einstige Glaube mancher ihrer Wähler, die Partei könnte in Koalitionen den Sozialabbau bremsen, geschwunden.

Die besten Zweitstimmenergebnisse erreichte Die LINKE in Bielefeld I (5,6%), Duisburg III (5,0), Duisburg IV (4,2), Köln VI (4,5), Köln III (4,4), Wuppertal II (4,4), Dortmund II (4,3), Bochum III (4,1), Essen III (4,0%), Köln VII (4,0).

Im Bundesrat verfügt Schwarz-Gelb jetzt nur noch über 25 Stimmen, die Regierungen der Oppositionsparteien über 26 Stimmen, der sog. neutrale Block (große Koalition) über 18 Stimmen.

Wahlergebnisse Landtagswahlen NRW, 6. Mai 2012

	2012	%	2010	%
CDU	2050633	26,3	2681700	34,6
SPD	3050160	39,1	2675818	34,5
Linke	194539	2,5	435627	5,6
Piraten	608957	7,8	121046	1,6
Grüne	884136	11,3	941162	12,1
FDP	669911	8,6	522229	6,7

In Schleswig-Holstein z. B. wirkten noch die Streitereien vergangener Jahre nach, wo sich Führungskräfte übel beschimpften und sogar gegeneinander vor Gericht auftraten. Mehrere Male gab es Wechsel im Fraktionsvorsitz. „Kreisverbände hatten sich gegenseitig ihre Legitimation abgesprochen“ (*taz*, 10.4.12). Das hatte sich durch fleißige Arbeit inzwischen verbessert, doch das Wahlergebnis zeigt, dass die Wähler durchaus nachtragend waren. Da halfen dann auch nicht die 526 Anträge der Linksfraktion im Landtag und die Forderung nach mehr Geld für den Bildungs- und Sozialsektor und für mehr Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst. Die Bevölkerung meinte, dass in einem verschuldeten Land noch mehr gespart werden sollte. Die Erfolge Der Linken in der Kieler Migrationspolitik werden auch nicht überall Anklang gefunden haben.

Auch in Nordrhein-Westfalen zeigten sich schon länger Zersetzungserscheinungen in der Partei. In der Wochenzeitung *Freitag* wurde darüber berichtet: In Werl liefen die beiden Ratsherren mit fast allen Aktiven des Ortsverbandes zu den Piraten über. Auch in anderen Orten sind Mandatsträger und Aktivisten ausgetreten. Der ehemalige Gewerkschaftssekretär Rainer Sauer trat als



Vorsitzender des Stadtverbandes Bocholt zurück und trat mit mehreren Anhängern aus der Linken aus, darunter seine Frau – Linken-Stadträtin Bärbel. Sauer schätzt, dass inzwischen 30 Linkspartei-Fraktionen in NRW die Partei ganz oder teilweise verlassen haben, darunter die in Leverkusen, Herne und Gelsenkirchen. Die Zahl der Mitglieder soll von 9.000 im Jahr 2010 nun auf 7.900 gefallen sein. Der Umgangston in der Partei sei miserabel, wird rundum berichtet. Die Mitarbeiter würden „gemobbt, diffamiert, denunziert, beleidigt, ausgegrenzt“, beklagte Margit Mädler, eine Erwerbslosenaktivistin in Höxter. Auch in anderen Bundesländern waren die Zustände in der Partei von skandalösen Vorgängen geprägt, die in Bayern auch den Landesvorstand erfassten. Vieles kommt auch daher, dass der Parteaufbau im Westen noch im Argen liegt, längst noch nicht zureichend abgeschlossen ist, was erfahrungsgemäß längere Zeit in Anspruch nimmt.

Dass die Trennungslinie nicht nur zwischen Ost und West auszuma-

chen ist, wird dadurch deutlich, dass auch in den ostdeutschen Landesverbänden viel Streit und Zerwürfnisse vorhanden sind. So wurden z. B. in Sachsen, in den Kreisverbänden Zwickau und Werdau, „die Partei erschütternde Krisen“ in ihren Parteiblättern vermeldet. Der Kreisvorstand musste neu gewählt werden. Die Monatszeitschriften *Linker Blick* und *Vogtlandbote* wurden zusammengelgt. Die Ortsverbandsvorsitzende, MdB Sabine Zimmermann, monierte, dass bei unterschiedlichen politischen Auffassungen der eigenen Funktionäre es zunehmend nicht gelungen sei, einen Konsens zu finden. Die vergangenen zwei Jahre seien nicht gerade Sternstunden für Die Linke in Werdau gewesen. „Unterschiedliche Auffassungen unserer eigenen Funktionäre zu politischen Sachthemen prägten den Parteilalltag“. (*Linker Blick* Nr. 4/12)

Der nicht durchgekommene Kandidat zum Parteivorsitz, Dietmar Bartsch, soll zu den Streitereien in der Partei gesagt haben: Da in Zeiten schlechter Wahlergebnisse die Mandate knapper seien, würden sich die Abgeordneten der Linkspartei um die Posten streiten „wie die Hartz-Vierer um den Alkohol“. Mit dieser Herabwürdigung hat er sich und seiner Partei bestimmt keinen guten Dienst erwiesen! Dies tat auch der ehemalige Parteichef Lothar Bisky nicht, der den Zustand seiner Partei als „Super-Horror-Show“ bezeichnete.

Es ist eben eine Tatsache, dass die Partei auch im Osten nicht mehr an die Wahlerfolge der neunziger Jahre anknüpfen kann.

Die Linke leidet an Überalterung und damit an einem Ausscheiden jahrelang Aktiver. So wird aus Neubrandenburg berichtet, dass von 100 Mitgliedern nur noch 35 am innerparteilichen Leben teilnehmen. Die Aktiven sind überall überlastet. In ihren Hochzeiten konnte Die Linke eine Anzahl Stadt- und Gemeinderäte stellen. Allein in NRW gibt es zur Zeit etwa 400 Mandate der Linken. Bürgermeister und Landratskandidaten im Osten setzten sich durch. So waren viele Aktive durch zeitaufwendige kommunalpolitische Arbeit gebunden, standen für die Bundes- und Landesebene und für die Organisationsarbeit kaum mehr zur Verfügung. In Thüringen gelang es der Partei kürzlich sogar, drei Landräte

und zehn Bürgermeister durchzubringen. Eine beachtliche Leistung – Oberwasser für den dortigen pragmatischen Flügel um Bodo Ramelow. Dort zählt die Popularität vor Ort und das Erfurter Programm der Partei ist weit außen vor. Das Gegenbeispiel zu diesen Erfolgen ist Berlin, wo in der SPD-PDL-Regierungskoalition der Lederer-Liebich-Kurs des „kleineren Übels“ in einer Wahlniederlage mündete.

Der Partei fehlt nach wie vor eine ausreichende Verankerung in den Betrieben und Gewerkschaften, die Unterstützung in der Facharbeiterschaft. Die kann man auch nicht künstlich schaffen, sind doch nicht mehr viele Mitglieder in der Industrie beschäftigt; auch hält sich die soziale Unzufriedenheit noch in Grenzen.

Die Partei ist im Dilemma: Ihre starke Fixierung auf den Parlamentarismus motiviert die Erfolgreichen. Sie hat aber nicht mehr die Kraft, ausreichend in Basisbewegungen und in Basisorganisationen präsent zu sein und sich wie früher um die tagtäglichen Probleme der „kleinen Leute“ zu kümmern.

Ein neuer Anlauf über die Gräben hinweg

Vor dem Göttinger Parteitag war die Stimmung in Der Linken aufs höchste aufgeladen, manche erwarteten schon die Spaltung. Wenige Tage vor dem Parteitag wurde in Berlin Sarah Wagenknecht auf einer Strategiekonferenz von über 1.000 Besuchern stürmisch gefeiert. Personen aus dem „Reformer-Flügel“ hätten sich auf Kosten der Partei profiliert und „selbsterstörerische Debatten“ angezettelt, beklagte die Vizeparteichefin. Die schweren Niederlagen bei den Landtagswahlen im Westen trieben die Gegensätze zwischen den Flügeln, den Regionen und Personen auf den Siedepunkt. Am Dienstag vor dem Parteitag hatten die verfeindeten Lager ein Treffen ausgemacht, aber es war schon zu spät für einen Konsens. Eine Seite gab der anderen die Schuld an der Zwietracht und an der Erfolglosigkeit. Die sogenannten Pragmatiker aus der ehemaligen PDS überschütteten die Linken in Der Linken mit Vorwürfen. Diese wiederum versuchten Lafontaine wieder an die Spitze zu

bringen, wobei dessen Dominanz für die Partei nicht mehr annehmbar gewesen wäre. Der bisherigen Führung Lötsch/Ernst wurde Schwäche angelastet. Der Anführer der „Rechten“, Bartsch – von der Mainstreampresse irreführenderweise „Reformer“ genannt – glaubte, die Machtfrage stellen zu können und kandidierte für den Vorsitz. Es reichte mit 45 % nicht ganz, doch das Abstimmungsergebnis zeigt, dass beide Seiten etwa gleich stark waren. Dabei wurde sichtbar, dass die Ostdelegierten durchaus nicht geschlossen hinter der Gruppe um Bartsch standen, stammten doch von den 500 Delegierten 270 aus östlichen und 230 aus westlichen Landesverbänden. Mit der Wahl von Katja Kipping aus Sachsen und dem Gewerkschaftsfunktionär Bernd Riexinger aus Baden-Württemberg brachten die Delegierten zum Ausdruck, dass sie doch noch einen neuen Anlauf nehmen möchten. Dazu passt die Wahl des Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt, Matthias Höhn, aus dem Kreis von Dietmar Bartsch, zum Bundesgeschäftsführer. Als Schatzmeister wurde, gegen den Kandidaten Bierbaum, Raju Scharma wiedergewählt. Bartsch selbst ging leer aus. Lafontaine und Gysi werden ihre Bedeutung für die Linkswählerschaft behalten.

Die neue Führung wird nun Lehren aus der Schiefelage der Partei zu ziehen haben. Sie muss die Erkenntnisse aber auch durchsetzen, was vor allem im mittleren Funktionsbereich schwierig werden wird. Die Widersprüche in der Partei mit den unterschiedlichen Richtungen sind ja nicht beseitigt, sondern, der Not gehorchend, nur übertüncht worden. Es ist eine Zeitfrage, wann der Richtungsstreit wieder stärker aufbricht. In einer Krisenzeit und bei zunehmenden Repressionen durch dieses Scheingebilde eines bürgerlich-demokratischen Staates ist es eine zeitlang vordringlich, Einigkeit vor Klarheit zu setzen, was natürlich seine Grenzen haben muss. Das kann nur gelingen, wenn in Zukunft keine Seite versucht, die andere umzufunktionieren oder zu übertölpeln. Unter den 70.000 Mitgliedern – mehr als FDP oder Grüne in ihren Reihen haben – sollte genügend Potential vorhanden

sein, eine Neuausrichtung durchzusetzen. Die Stimmung am Ende des Parteitages dafür war vorhanden. Der neue Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn – ein Anhänger von Bartsch – sah es optimistisch: „Die große Mehrheit des Parteitages war sich aber einig, dass wir trotz aller inhaltlichen Debatten immer respektvoll miteinander umgehen müssen. Die Linke wird nur als pluralistische und gesamtdeutsche Partei erfolgreich sein.“ Er wird durch seine Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt wissen, dass ein Zurück zur Regionalpartei das Aus bedeuten würde. Trotz der Erfolge bei den Landtagswahlen im Osten gibt es dort relevante Stimmenverluste, die immer bedeutsamer sind, da die Wahlbeteiligung nur um die 50 % schwankt. Dem mangelnden Bewusstsein ihrer Anhänger entsprechend muss die Partei dort auch mehr „Regenbogenpolitik“ als Klassenpolitik betreiben.

Beide neuen Vorsitzenden Der Linken sind als seriös und umgänglich bekannt. Bernd Riexinger („Streik-

„Der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft ist erhalten geblieben. Dieser muss überwunden werden.“

Dietmar Bartsch in „Berliner Zeitung“, 1. 6. 2012

führer und Visionär“) will nun auf die ostdeutschen Genossinnen und Genossen zugehen: „Wir werden ganz sicher an die ostdeutschen Landesverbände Angebote machen, und ich glaube, dass wir dann einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten können“. Vielleicht könnte auch die Schaffung föderaler, politisch-inhaltlicher Freiräume in den Landesverbänden zur Entkrampfung beitragen.

Zum Verhältnis von Kommunisten zur Linkspartei

Dieses Verhältnis wird von taktischen und politischen Gesichtspunkten bestimmt. Die Situation kann sich auch ändern. Wir haben gegenwärtig nicht mal Ansätze revolutionärer Verhältnisse, wo ein Konglomerat wie Die Linke so viel Verwirrung stiften könnte, dass sie die Herausbildung kommunistischer Kader verhindert, eine Entstehung von Klassenbewusstsein in relevanter Weise behindert.

Die wenigen noch vorhandenen Sozialisten in den Nachbarstaaten

Deutschlands wären froh, eine solche Partei hätte bei ihnen entstehen können. Solange es keine relevanten Klassenbewegungen gibt und Die Linke so schwach ist, wird der linke Parlamentarismus noch eine Bedeutung haben. Solange in Deutschland die Arbeiterschaft noch unter kleinbürgerlichen Bedingungen leben kann, fehlen selbst für die Entstehung einer Arbeiterpartei die Kräfte, geschweige denn für das Wiederaufleben von Klassenkämpfen. Welche Wirrnis selbst unter den Delegierten herrscht, zeigte ein Leitantrag zum Parteitag von jenen, die sich wohl besonders links vorkommen: „Die Gesellschaft spaltet sich immer mehr in wenige, die in Wohlstand und Sicherheit leben und einem wachsenden Teil derjenigen, die kaum über die Runden kommen.“ Delegierte, die die Lage nüchterner sahen, setzten dem richtigerweise entgegen: „In Wohlstand leben immer noch große Teile der Bevölkerung in Deutschland, jedenfalls nicht wenige.“ Eine Gruppe von Sozialisten gab die Parole aus: „Die

Linke rechts liegen lassen“. Das werden wir nicht! Wir werden die Partei, obwohl sie keine marxistischen Par-

tei ist, dort unterstützen, wo sie progressive Positionen vertritt: gegen die herrschende Kriegspolitik, gegen Sozialabbau und im Kampf gegen die Beschneidung demokratischer Rechte, gegen Rassismus und Rechtsradikalismus; natürlich auch soweit, wie sie sich gegen das kapitalistische System wendet. Wir werden sie kritisieren, wo es notwendig ist und sind überzeugt, dass in ihren Reihen Menschen wirken, die dafür aufnahmefähig sind und die sich verändern können.

Gerade jetzt, wo sich die kapitalistische Krise zuspitzt, selbst bürgerliche Wissenschaftler vor dem drohenden Zusammenbruch der Eurozone warnen, die Rezession ein Land in Europa nach dem anderen erfasst, in mehreren Ländern die Jugend – eine „Verlorene Generation“ – mit der Faust an die Türen der Bankiers klopft, müssen wir reformistische Illusionen, auch in der Linkspartei, bekämpfen. Gegen die Krise des Kapitalismus hilft auf Dauer auch keine keynesianistische Politik à la Linkspartei. Das kapitalistische System mit seinen Gesetzmäßigkeiten selbst ist das Übel!

Das Frühjahrsseminar der Gruppe in München.

Wie schon in den vergangenen Jahren hat die *Gruppe Arbeiterstimme* auch dieses Jahr ihr Frühjahrsseminar, gemeinsam mit der Gruppe International in Dorfen, wieder in München abgehalten. Unter den Teilnehmern befanden sich, neben einem österreichischen Genossen und zwei Genossen der DKP, diesmal vier Genossinnen und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik.

Die Tagung fand am 19. und 20. Mai statt. Am ersten Tag der Konferenz war fast die ganze Stadt in Rot. Das hatte aber leider nichts mit unserer Tagung oder unserer Zielsetzung zu tun: es war der Tag des Endspiels in der Champions-League im Fußball! Es können sich also in der heutigen Zeit durchaus Massen von Menschen für bestimmte Ziele einsetzen – die Frage, warum sie es nicht für ihre tatsächlichen Interessen zu tun bereit sind (zumindest nicht in größerer Anzahl), wurde im Verlauf des Tages und am Abend durchaus breiter diskutiert. (Bedürfnis der Menschen nach Gemeinschaftserlebnis; [gefühlte] Stärke durch Aufgehen in der Masse / in der Gruppe; [Ab-]Lenkbarkeit durch Medien u.a.)

Auch die Referate, die für den Samstag vorgesehen waren, befassten sich mit Massen in verschiedenen Ausformungen: Zuerst hörten wir zwei Vorträge aus Dorfen zum Thema „*Arabischer Frühling – und was dann?*“ (nach bürgerlicher Lesart eine „*arabische Revolution*“!). Sie befassten sich mit Tunesien und Ägypten bzw. Libyen und Syrien (besonders wichtig in der Zeit des gegenwärtigen Kesselreibens gegen letzteres Land, das als eines der letzten sich noch nicht dem Diktat des Kapitalismus voll gebeugt hat). Es schloss sich eine lebhaft diskutierte Diskussion an, in der u.a. die Fragen der Solidarität (mit wem?), der Rolle Israels und des Eingreifens des Westens zur Sprache kamen. Einhelligkeit herrschte über die Nichteinmischung als oberstes Prinzip.

Das nächste Thema, mit dem wir uns befassten, war die aktuelle Entwicklung in der Türkei und in Kurdistan. Die jüngste wirtschaftli-

che Entwicklung des Landes und ihre Auswirkung auf die Bevölkerung wurden in der Diskussion angesprochen, ebenso der Niedergang der Gewerkschaftsbewegung und seine Ursachen. Die gesellschaftlichen Veränderungen (konservative Durchmischung in den Städten) und die politischen Umbrüche (Entmachtung des Militärs) waren Thema der Diskussion.

Obwohl die Sorge bestand, dass die Zeit schon zu weit fortgeschritten sei und die Aufnahme-fähigkeit nicht mehr genügend vorhanden, entschieden sich die Teilnehmer dafür, auch das dritte vorgesehene Referat zur Situation und Einschätzung der Lage in Nordkorea anzuhören. Die vorgetragenen Fakten und Einschätzungen über dieses uns in vieler Hinsicht so ferne Land trafen auf gespannte Aufmerksamkeit und Interesse. Niemand bedauerte die Entscheidung.

Der Abend war, auch dies schon eine Tradition, einer breiten Diskussion in entspannter Atmosphäre und, soweit nicht schon geschehen, dem näheren persönlichen Kennenlernen vorbehalten.

Wie üblich werden die Referate, z.T. in überarbeiteter Form, in dieser Ausgabe der Zeitung abgedruckt. Das Referat zu Nordkorea wird allerdings erst in der nächsten Ausgabe im Herbst als 3. Teil der Reihe abgedruckt. Dieses Mal erscheint erst einmal der 2. Teil!

Wir waren am Samstag übereingekommen, den Sonntag zu nutzen, um uns mit den Genossinnen und Genossen der Arbeiterpolitik über Möglichkeiten und Formen einer weiteren, evtl. engeren und über das Bisherige hinausgehende, Zusammenarbeit zu unterhalten. Einschätzungen über Möglichkeiten dazu und die Aufgabe der Zeitungen wurden ausgetauscht, unterschiedliche Sichtweisen dabei angerissen.

Die ausführliche und offen geführte Diskussion verlief in freundschaftlicher Atmosphäre, wie auch während der gesamten Tagung. Wir können daher von einer durchaus gelungenen Veranstaltung sprechen.



Anzeigen

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Arabischer Frühling und was dann?

In zwei Ausgaben der *Arbeiterstimme* wurde bisher auf die Ereignisse im nördlichen Afrika Ende 2010 und Anfang 2011 Bezug genommen. In der Ausgabe Nr. 171 vom Frühjahr 2011 wurden die Revolten in Ägypten einer ersten vorsichtigen Einschätzung unterzogen. In der Folge Nummer 172 vom Sommer 2011 nahm die *Gruppe Arbeiterstimme* eine Positionsbestimmung im Zusammenhang mit den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen in Libyen vor und bezog Stellung zur NATO-Intervention. Inzwischen ist seit Ausbruch der Unruhen mehr als ein Jahr vergangen. Der durch die NATO-Intervention entschiedene Bürgerkrieg in Libyen

von den objektiven ökonomischen Bedingungen abgelenkt werden. Und die Adressaten dafür sind nicht in erster Linie in arabischen Ländern zu suchen. Doch dazu später mehr.

Unruhen breiten sich auf viele arabischsprachige Länder aus

In knapper Form lassen sich die Stationen der arabischen Volkserhebungen wie folgt zusammenfassen:

Am 17. Dezember 2010 begannen die tunesischen Unruhen, die sich wellenartig über das Land ausbreiteten. Bereits am 5. Januar 2011 griffen sie auf Algerien über, ausge-

löst durch den Unmut breiter Bevölkerungskreise über massiv gestiegene Grundnahrungsmittelpreise. Nur zwei Tage später löste die Islamische Aktionsfront in Jordanien Proteste aus. Diesen nahm König Abdullah II. die Spitze, indem er eine

bedrohlich wurde, schickte das benachbarte Saudi-Arabien 1.000 Soldaten zur Eindämmung der Proteste, die aber nach wie vor anhalten. In Kuwait kam es im Februar und März immer wieder zu Protesten, die von den Beduinen ausgegangen sein sollen. Natürlich wurde auch Marokko von den Protesten erfasst. König Muhammad VI. gelang es mit der Ankündigung einer Verfassungsreform und vorzeitigen Neuwahlen, die von der islamisch orientierten Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, dem lokalen Ableger der Muslimbruderschaft, gewonnen wurde, eine Ausbreitung der Proteste zu verhindern.

Tunesien: Parlamentarisierung der Revolte

Warum begannen die Unruhen in Tunesien? Weil sich der arbeitslose Informatiker Mohamed Bouazizi in der Kleinstadt Sidi Bouzid, 250 km südlich von Tunis, nach einer Ohrfeige durch eine städtische Bedienstete vor dem Amtssitz des Gouverneurs am 17. Dezember 2010 mit Benzin übergossen und sich angezündet hatte? Nein, das wäre als Erklärung zu kurz gegriffen. „Solche Selbstmorde waren längst nichts Außergewöhnliches mehr. Bouazizis Selbstverbrennung war kein isolierter, individualistischer Akt, sondern Ausdruck jener Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, die charakteristisch war und ist nicht nur für die tunesische Jugend, sondern für die Jugend in der gesamten arabischen Welt – und, betrachtet man die Protestbewegungen beispielsweise in Spanien und Griechenland, weit darüber hinaus. Im Gegensatz zu früheren Protesten kam es diesmal jedoch zu massiven Protesten der Bevölkerung wegen des Verhaltens der Sicherheitskräfte, die wahllos in die Menge schossen.“ (Prof. Werner Ruf) Wir kommen der Sache näher, wenn wir einige Jahre zurückgehen und einen Blick auf das Jahr 1998 werfen. Damals war Tunesien das erste „Mittelmeer-Drittland“, das mit der EU ein sog. Europa-Mittelmeerabkommen abgeschlossen hat. Vereinbart war, innerhalb von zwölf Jahren eine Freihandelszone mit



Tunesische Demonstranten

ist beendet, während sich in Syrien die Unruhen zu einem Bürgerkrieg entwickeln und ein Ende nicht absehbar ist. Das Interesse der hiesigen bürgerlichen Medien für die Konflikte im arabischen Raum ist insgesamt abgeflaut und konzentriert sich – noch – auf die Vorgänge in Syrien, wobei von einer einigermaßen objektiven Berichterstattung nicht die Rede sein kann. Doch war diese Berichterstattung seit Beginn der Unruhen in Tunesien selektiv, reißerisch in der Darstellung und wenig erhellend, was die Ursachen betrifft, die für die Rebellionen ausschlaggebend waren. Das ist allerdings verständlich, denn je schändlicher das Verhalten von arabischen Despoten dargestellt und ausgemalt wird, desto mehr kann

komplette Regierungsumbildung veranlasste. Ab 25. Januar verschärfte sich die Situation in Ägypten. Gleichzeitig eskalierten die Auseinandersetzungen im Jemen. Sie zogen sich über das ganze Jahr 2011 hin, kosteten etwa 800 Menschen das Leben und endeten mit dem Rücktritt des verhassten Präsidenten Ali Abdullah Salih. Am 14. Februar brachen Unruhen auf der kleinen Insel Bahrain aus. Da die Mehrheit der bahrainer Staatsbürger Schiiten sind, die von einer sunnitischen Herrscherkaste regiert werden, spielte hier von Anfang an die religiöse Komponente eine wichtige Rolle. (Über die Hälfte der Bevölkerung besteht aus ausländischen ArbeiterInnen). Als im März die Situation für das Herrscherhaus

der EU zu realisieren. Europäische Investoren waren einige Jahre von Steuern befreit und durften die Gewinne uneingeschränkt nach Europa transferieren. Vor allem durch mangelnde Konkurrenzfähigkeit musste in den folgenden Jahren von den einheimischen etwa jeder dritte kleinere bzw. mittlere Betrieb schließen. Der Binnenmarkt wurde zugunsten der Außenorientierung vernachlässigt. Die früher unter dem Präsidenten Habib Bourguiba vorherrschenden Staatsbetriebe wurden unter Präsident Ben Ali privatisiert, was ihm vom Internationalen Währungsfond in der Bewertung Bestnoten einbrachte. Dass diese Betriebe in der Regel dem Familien- bzw. Freundeskreis des Präsidenten und dessen zweiter Ehefrau Leila Trabelsi zugeschanzt wurden, war nicht nur in Tunesien allgemein bekannt. So kontrollierte lt. Angaben des tunesischen Arbeitgeberverbandes der Trabelsi-Clan 40 Prozent der Betriebe. Die immensen Gewinne dieses kleptokratischen Systems transferierte man auf ausländische Konten. Es handelte sich von 1999 bis 2008 um über zehn Mrd. Euro, ein Betrag, der in etwa den Auslandsschulden Tunesiens entspricht. Zwei Seiten einer Medaille: Tunesien wurde über viele Jahre seiner Funktion als verlängerte Werkbank großer EU-Konzerne gerecht. Die Gewinne sprudelten. Da das aber nur mit entsprechender Repression zu haben war, durfte sich ein Teil der einheimischen Bourgeoisie schamlos bereichern. Das Regime hatte auch dafür zu sorgen, dass sich die Massen arbeitsloser Jugendlicher nicht auf den Weg nach Europa machten. Auch da kooperierte man, ähnlich wie in den benachbarten Staaten, zur vollsten Zufriedenheit der europäischen Regierungen. Es hätte also alles gepasst, wenn nicht genau im Jahr des erfolgreichen Abschlusses des Übergangsprozesses zur Freihandelszone die bisher vorherrschende Angst in Wut umgeschlagen wäre. Erst als am 14. Januar Präsident Ben Ali das Land fluchtartig verlassen musste, „entdeckten alle, dass in Tunesien über Jahrzehnte eine Diktatur, ein korruptes System, ein Polizeistaat geherrscht hatten“ (Imad Garbaya).

In Tunesien versuchten inzwischen Kräfte des alten Regimes, die

Proteste mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche in den Griff zu bekommen. Ministerpräsident Ghannouchi, der sich als Chef einer Übergangsregierung beauftragt wähnte, nahm neben Vertretern des alten Regimes auch Repräsentanten von Oppositionsparteien in sein Kabinett auf. Die Bewegung auf den Straßen akzeptierte diesen Kompromiss keineswegs und auch ein Verbot der bisherigen Staatspartei RCD konnte die Wut nicht besänftigen. Schließlich gab Gannouchi auf. Weitere Nachfolge-Übergangsregierungen bereiteten die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung vor, die am 23. Oktober stattfand. Gewonnen hat die islamisch orientierte Partei Ennahda, die als einzige landesweit, vor allem auch im Süden, vertreten ist, mit über 40 Prozent der Stimmen. Sie erhielt 91 von 217 Sitzen in der verfassungsgebenden Versammlung. Damit ist sie



zwar klar stärkste Kraft im Land, hat aber keine absolute Mehrheit und ist auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien angewiesen. Zweitplatziert ist der sozialliberale Kongress für die Republik (CPR) mit 30 Sitzen, gefolgt von der sozialdemokratischen Ettakatol-Partei (Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheit) mit 21 Mandaten.

Mit nur drei Sitzen erreichte die Kommunistische Arbeiterpartei (PCOT) ein mageres Ergebnis. Sie hatte sich deutlich mehr erhofft. „Die Partei gilt als stärkste linke Kraft des Landes und verfügt auch über eine feste Verankerung in den ärmeren Regionen des Landes, unter den Arbeiter/innen und den Arbeitslosen.“ In den Gewerkschaften leiste sie „systematische Arbeit“. Diese optimistische Einschätzung hatte der linke österreichische Journalist der Zeitschrift *Intifada*, Wilhelm Langthaler, noch vom ersten Kongress der PCOT im Juli 2011 mitgebracht. Er hat sich wohl von der Begeisterung der Delegierten zu sehr mitreißen lassen. Die Verfassungsge-

bende Versammlung soll innerhalb eines Jahres eine neue Verfassung ausarbeiten und Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorbereiten. Am 24. Dezember 2011 wurde der Generalsekretär der Ennahda-Partei, Hamadi Jebali, der unter Ben Ali 15 Jahre inhaftiert war, zum Ministerpräsidenten ernannt. Die neue Übergangsregierung besteht aus Ministern, die den drei Regierungsparteien Ennahda, CPR und Forum angehören oder parteilos sind. Schon nach wenigen Wochen sah sich die Regierung mit Konflikten konfrontiert, die zumeist von Salafistengruppen organisiert werden; so etwa, wenn es um die Forderung der Zulassung von Ganzkörperverschleierung bei Frauen in Bildungseinrichtungen geht. Konflikte zwischen laizistischen und fundamentalreligiösen Kräften dürften sich weiterhin zuspitzen, da die bürgerlichen Kräfte mit keinen

überzeugenden Konzepten in der sozialen Frage aufwarten können. Dazu schreibt Karin Leukefeld in der jungen Welt vom 14. Januar: „An der realen Lebenssituation der einfachen Bevölkerung hat sich kaum etwas geändert. Die Arbeitslosenquote wird landesweit auf 20 Prozent geschätzt, vor allem für die Dorfbewohner gibt es kein regelmäßiges Einkommen, sie müssen als Tagelöhner ihren Unterhalt verdienen. Aus Verzweiflung zündeten sich bereits wieder Menschen an in der Hoffnung, erneut ein Fanal zu setzen.“ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihren *Auslandsinformationen* 3/2012: „Der Tourismussektor liegt darnieder (minus 33 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum), das wirtschaftliche Wachstum stagniert, ausländische Investitionen bleiben aus, die Arbeitslosenzahl steigt und die sozioökonomische Lage in den benachteiligten ländlichen Gebieten verschärft sich.“ Da nützt es den verarmten Massen der Bevölkerung wenig, wenn sich westliche Politiker in Tunis die Klinke in die Hand geben und Außenminister Westerwelle bei seiner Visite der Übergangsregierung eine „Transformationspartnerschaft“ anbot und eine Schuldenumwandlung in Höhe von 60 Millionen Euro in Aussicht stellte. Die politischen Repräsentanten der imperialistischen Staaten sind an einer schnellstmöglichen Rückkehr zu einem business as usual interessiert und halten wenig

davon, Veränderungen in der politischen Sphäre auf die ökonomischen Strukturen des Landes übergreifen zu lassen. Das gilt für Tunesien wie für alle anderen Staaten des sog. arabischen Frühlings.

Ägypten: Militärs müssen Wahlen zulassen

Kairo. Tahrirplatz. Ein Fokus, ideal für Medien, die von Bildern und spektakulären Ereignissen leben. Dass dabei viele andere Proteste unbeobachtet und weitgehend unerwähnt blieben, kann nicht überraschen. Die ägyptischen ArbeiterInnen – vor allem im Nildelta – verfügen über entwickelte Streikerfahrungen. Seit 2006 entstanden in einzelnen Branchen unabhängige Gewerkschaften. Inzwischen sollen es bereits 170 Betriebsgewerkschaften sein. Vieles sprach für eine baldmögliche Auflösung des seit 1957 existierenden regimetreuen Dachverbandes Egyptian Trade Union Federation (ETUF). Es stellte sich aber im Laufe des Jahres heraus, dass es sich viele ArbeiterInnen nicht leisten konnten, durch ihren Austritt aus dem verhassten Dachverband die Ansprüche auf die betriebliche Renten- und Krankenversicherung, die von ETUF verwaltet werden, aufs Spiel zu setzen. Lt. Bernhard Schmid habe sich „die

Situation für die Lohnabhängigen in der ersten Zeit nach der Revolution zweifellos gebessert“. Erfolgreiche Streiks z.B. der TextilarbeiterInnen und die Ankündigung eines Mindestlohns im Öffentlichen Dienst hätten das Selbstbewusstsein der Lohnabhängigen gestärkt. Er berichtet aber auch von einer bedrohlichen Entwicklung: „Am 23. März verabschiedete die amtierende Militärregierung ein Dekret, das es erlaubt, Streiks und auch Demonstrationen zu kriminalisieren, sofern sie

die Produktion behindern. Streikteilnehmerinnen drohen demnach Gefängnis oder Geldstrafen.“ Am 29. Juni habe erstmals ein ägyptisches Militärgericht einjährige Haftstrafen (auf Bewährung) gegen fünf abhängig Beschäftigte der ägyptischen Erdölfirma

Haushalte unentbehrlichen Butangasflaschen sind Mangelware und die Preise für Grundnahrungsmittel steigen kontinuierlich an. Das führt vor allem in den unteren Schichten der Bevölkerung zum Wunsch nach einem Ende der Auseinandersetzungen

und nach stabileren Verhältnissen. Die großen islamischen Bewegungen, die sich – zumindest was die Führungsebene betrifft – weitgehend aus den Revolten herausgehalten hatten, kennen die Stimmungslage der Volksmassen gut und reagieren auf sie.

Wie hat sich das Kräfteverhältnis durch die Unruhen verändert?

Nachdem eine Eindämmung der akuten gesellschaftlichen Krise repressiv nicht mehr zu bewerkstelligen war, sahen sich die Generäle genötigt, Dampf aus dem Kessel zu nehmen und die verhassteste Figur, Präsident Mubarak, zu opfern, um die Herrschaft der Militärs zu retten.

Das geschah in enger Absprache vor allem mit US-Regierungsstellen. De facto Nachfolger Mubaraks wurde Feldmarschall Tantawi. Statt – wie von der Opposition gefordert – einen zivilen Präsidialrat zu konstituieren, wurde ein Militärrat eingesetzt. Auch wenn man die frühere Regierungs-

partei NDP (Nationaldemokratische Partei) verbot, Mubarak und seine Söhne vor Gericht stellte und die Notstandsgesetzgebung weitgehend aufhob, änderte sich wenig, was die Verfolgung oppositioneller Kräfte betrifft. Ab November 2011 wurden Parlamentswahlen durchgeführt. Dabei konnten islamisch orientierte Parteien mehr als 70 % der Mandate gewinnen. Wahlsieger wurde die Partei der Muslimbrüder und ihrer Bündnispartner, die 37,5 % der Stimmen und 45,7 %



Menschenmassen auf dem Tahrirplatz

Petrojet ausgesprochen. Die Lage der Lohnabhängigen ist trotz gewisser Erfolge schwierig. Das Militärregime kann jederzeit politische und soziale Rechte einschränken und auch die Wirtschaftsentwicklung gestaltet sich kompliziert. Wegen der Unruhen kam es zu ähnlichen und zum Teil noch drastischeren Einbrüchen im Tourismusbereich wie in Tunesien und dringend benötigte Investitionen blieben aus. Die Devisenreserven des Landes gehen zur Neige. Die für viele

der Sitze erreichte. Mit 24,6 % der Sitze folgt die radikal-islamische Partei des Lichts gemeinsam mit anderen kleineren Parteien aus dem Lager der fundamentalistischen Salafisten. Die Organisationen der AktivistInnen vom Tahrirplatz spielten bei der Wahl keine Rolle. Wie ist das zu erklären?

Zurück zu den alten Verhältnissen wollte die Mehrheit der ÄgypterInnen nicht mehr, die jungen Leute vom Tahrirplatz waren vielen auch nicht geheuer. Deren Rolle bei der Vertreibung des Mubarak-Clans bewunderte man. Doch als es darum ging, die künftigen politischen Entscheidungen in die Hände parlamentarischer Repräsentanten abzugeben, kam das dem jahrzehntelangen Wirken vor allem der Muslimbruderschaft zugute. Karl Heinz Roth schreibt zu diesem Phänomen in seinem Buch „Der Zustand der Welt“: „Die subalternen Klassen sind in bitteren alltäglichen Überlebensanstrengungen befangen. Soweit sie dem dadurch auf ihnen lastenden Druck nicht nachgeben und die erfahrene Gewalt nach innen und unten ‚weiterreichen‘, projizieren sie ihre Bedürfnisse nach menschlicher Würde und sozialer Gerechtigkeit derzeit ganz überwiegend auf spirituelle Heilserwartungen.“ (S.80) Es hängt jetzt weitgehend von den religiösen Kräften ab, wie der Übergang von der Militärdiktatur zu einer Demokratie bürgerlichen Zuschnitts vonstatten geht. Dabei ist zu berücksichtigen: Die Militärs sind in Ägypten die einflussreichste Fraktion der Bourgeoisie. Sie sollen im Besitz riesiger Ländereien sein, 45 Prozent der Wirtschaft kontrollieren, vom Suezkanal über Einkaufszentren bis zu Hotelketten in den Tourismusgebieten am Roten Meer. Das ist selbst der in Kairo vertretenen Konrad-Adenauer-Stiftung nicht ganz geheuer: So ist in ihrem Länderbericht vom 24. Januar 2012 zu lesen: „Viele Beobachter bezweifeln, dass die derzeitigen Machthaber wirklich bereit und fähig sind, die politischen Geschicke des Landes tatsächlich in die Hände einer zivilen Regierung zu übergeben. Hinter verschlossenen Türen ist stattdessen von einem Szenario die Rede, in dem sich Militärs und Muslimbrüder auf eine stillschweigende

Machtteilung einigen könnten. Während die wirtschaftlichen Privilegien der Militärs weitgehend erhalten blieben und die Generäle ein Vetorecht in entscheidenden politischen Grundfragen eingeräumt bekommen, könnten die Muslimbrüder bzw. die Akteure des gemäßigt-islamistischen



Lagers in diesem Szenario das politische Tagesgeschäft des Landes weitgehend bestimmen.“

Drei Wochen vorher waren die Büroräume der Stiftung von Vertretern der ägyptischen Staatsanwaltschaft und bewaffneten Polizeieinheiten durchsucht, sämtliche Computer und zahlreiche Dokumente beschlagnahmt worden. Die Polizeiaktion gegen die Stiftung kam in Berlin und bei deutschen Medien nicht gut an, war man doch von deutscher Regierungsseite nach Ausbruch der Unruhen und vor allem nach dem Abgang des in allem so sehr geschätzten Partners Mubarak emsig bemüht, das neue Kräfteverhältnis auszutarieren und zu retten, was zu retten war. Entscheidend für die imperialistischen Länder ist im Fall Ägyptens die geostrategische Bedeutung des Landes. Es kontrolliert mit dem Suezkanal den Wasserweg, der Asien direkt mit Europa verbindet und den Kriegsschiffen der NATO die schnelle Verlegung nach Mittelost ermöglicht. Damit das so bleibt, könnte die traditionelle Waffenbruderschaft zwischen dem US-Militär und dem ägyptischen weiterhin mit erheblichen Finanzspritzen gepflegt werden. Die Ernährung der 80 Millionen Ägypter ist bisher schon ohne US-Weizenlieferungen nicht mehr vorstellbar. Einer künftigen Regierung – welcher auch immer – bleiben da keine großen Spielräume.

Speziell für die Bundesrepublik, genauer: „der deutschen Wirtschaft,

ist zudem von höchster Bedeutung, daß große Teile des gewaltig boomenden Asienhandels per Schiff abgewickelt werden müssen – ebenfalls über den Suezkanal, will man den langen und teuren Umweg am südlichen Afrika vorbei vermeiden. Der florierende Warenaustausch zwischen Deutschland und China etwa wird zu 70 Prozent über die Meere realisiert. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, welche Schäden die Konzernprofite nehmen könnten, sollte der Seeweg durch den Suezkanal nicht mehr problemlos offenstehen.“ (J. Kronauer) Deshalb wurde man ziemlich schnell von Berlin aus bei den Militärs in Kairo vorstellig. Die Kooperation mit dem Militärregime mündete in einer „Berliner

Erklärung“, die im August unterzeichnet wurde. „Im PR-Teil des Dokuments war viel von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit die Rede, Phrasen, die wie üblich das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen. In der Tat – das Militärregime hat in nur neun Monaten mehr Aktivisten der Demokratiebewegung vor Gericht gestellt als Mubarak in seiner gesamten Amtszeit; unter anderem dies rief Ende November die neuen Proteste auf dem Tahrir-Platz hervor. Entscheidend an der ‚Berliner Erklärung‘ war allerdings anderes. ‚Beide Seiten‘, heißt es in dem Papier, ‚erkannten die Notwendigkeit an, die Märkte weiter zu liberalisieren und Handelsbarrieren zu senken‘ – ganz im Sinne der expandierenden deutschen Industrie.“ (Jörg Kronauer, jW, 7.12.2011) Abschließend eine Einschätzung der Vorgänge in Ägypten, die wesentliche Aspekte zusammenfasst:

„Die USA und die europäischen Regierungen ließen ihren Beurteilungsmaßstab für die Ereignisse in Ägypten schnell erkennen: Die Sicherheit Israels und der Durchfahrt durch den Suezkanal sowie eine stabile ägyptische Regierung, welche die internationalen Verträge einhält und seine ölreichen Nachbarn nicht beunruhigt, das waren und sind ihre Hauptkriterien. Längst vorbei die Zeiten, wo die westlichen Regierungen die Muslimbrüder als Terrororganisation verunglimpften. Stattdessen werden sie von regierungsnahen Experten, wie dem Direktor der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, Volker Perthes, als

stabilisierender Faktor in der künftigen bürgerlichen ägyptischen Politik vorgestellt. Die herrschenden Klassen der bedeutenden Industrienationen waren in dem Moment beruhigt und stellten sich auf die Seite der ägyptischen Rebellion, als sicher war, dass die Eigentumsfrage nicht gestellt würde. Solange es um politische Reformen geht, die die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse nicht berühren, stellen die bürgerlichen Medien in der ganzen Welt die ägyptische Opposition in ein gutes Licht. Die Interessen der lohnabhängigen Klassen spielen dabei keine Rolle.“ (Arbeiterpolitik, 10.5.11, S.13)



Nach den Operationen der vereinigten Beschützer

Regime-Chance in Libyen, aber mit welcher Perspektive?

„Man muss sich unbedingt auch einmal die Frage stellen, was käme nach dem Sieg der Aufständischen, auf den Trümmern eines vom Bürgerkrieg und vom NATO-Bomben heimgesuchten

Landes? Mit der Einigkeit der heterogenen Rebellen wäre es dann wohl vorbei. Kommt dann von ihnen neue Gewalt beim Kampf um das Öl und bei der Machtaufteilung? Der Sozialstaat wäre dann wohl zerstört. Es könnte auch sein,

kann zu den in der *Arbeiterstimme* angesprochenen Befürchtungen ein erstes Resümee gezogen werden; vor allem, was die Einigkeit der heterogenen Rebellen und die Möglichkeit des Auseinanderbrechens des libyschen Staates betrifft. Vorweg aber einige Zahlen und Fakten zu den unmittelbaren Auswirkungen des Krieges. Sie sind einer Analyse des Heidelberger Journalisten Joachim Guillard entnommen. Er geht von mindestens 50.000 Menschen aus, die die „Operation vereingte Beschützer“ (welch ein Zynismus!) nicht überlebt haben sollen. Wohl eine realistische Zahl. Da bei bestätigten 9.700 Luftangriffen etwa 30.000 Bomben und Raketen

zum Einsatz kamen, wurden nicht nur große Teile der Infrastruktur zerstört bzw. erheblich beschädigt.

Das systematische Zerbomben der libyschen Bodentreitkräfte konnte nur mit rücksichtsloser Vernichtung von Menschen einhergehen.

zum Einsatz kamen, wurden nicht nur große Teile der Infrastruktur zerstört bzw. erheblich beschädigt. Das systematische Zerbomben der libyschen Bodentreitkräfte konnte nur mit rücksichtsloser Vernichtung von Menschen einhergehen.

Wie positionieren sich Linke in Deutschland

Für Linke gelten Volksaufstände bzw. Rebellionen als Ereignisse, denen man mit Sympathie zu begegnen hat. Dabei vergisst die eine oder andere Stimme aus diesem Spektrum schon mal, genauer hinzuschauen und zu überlegen, welche Interessen von den jeweiligen Akteuren verfolgt werden bzw. mit wem man sich da ins gemeinsame Boot setzt. Beispiel „Adopt a Revolution“, ein sog. Projekt, das im Herbst 2011 von syrischen und deutschen AktivistInnen ins Leben gerufen wurde. Es wirbt mit der Aufforderung: „Unterstützen Sie die Ziele des Projekts, indem Sie RevolutionspatIn werden.“ Es ist eines der ganz seltenen Projekte in Deutschland, bei dem man eine Revolution unterstützen und die Ausgaben steuermindernd geltend machen kann, wie der Träger des Projekts, der Verein „about:change e.V.“ mit Sitz in Leipzig, betont. Die Patenkampagne

werde vom Auswärtigen Amt auf Arbeitsebene unterstützt, schreibt Rüdiger Göbel in der DKP-Zeitung *Berliner Anstoß*. Das Projekt verdiene „Aufmerksamkeit und Unterstützung“ meint die Redaktion des AK (*Analyse und Kritik*) in der Sonderbeilage „The people demand“. Dies wiederum findet Beifall bei Ivo Bozic, der für *Jungle World* schreibt. Er hält es für begrüßenswert, „dass Teile der antiimperialistischen Linken anfangen umzudenken.“ (JuWo, 23. 2. 12) Die Erklärungen der Linkspartei, die eine „friedliche Lösung“ und auf „Verhandlungen“ zwischen den Konfliktparteien orientieren, nennt er „heuchlerisch und zynisch zugleich“. Bozic befindet sich damit im Gefolge der deutschen Mainstreammedien, was ihn aber nicht zu stören scheint. Diese Medien fielen z.B. über Abgeordnete der Linkspartei her, weil sie den Aufruf „Kriegsvorbereitungen

stoppen! Embargos beenden! Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!“ unterschrieben hatten. Arno Klönne ordnete in der *SOZ* vom 5. 2. 2012 diese Kampagne „als Teil des diskurspolitischen Alltagsgeschäfts hierzulande“ treffend ein. Teil dieser kämpferischen Anstrengungen sei es, so Klönne, Streit in die Linke selbst hineinzubringen. So etwas gehöre einfach dazu. Er weist aber auch auf einen Schwachpunkt des Aufrufs hin: „Allerdings hat der Text des Aufrufs es dessen demagogischen Verwertern bequem gemacht, und – weitaus wichtiger noch, weil es die Verständigung innerhalb der Linken selbst betrifft: Es wird darin nicht gesagt, was denn ‚Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens‘ gesellschaftspolitisch bedeutet. Das Volk als ‚Volksgemeinschaft‘ gibt es auch dort nicht, das wäre eine die Realität verschleiende Deutung, es existieren auch in diesen Ländern harte Kon-

„Die gesamten materiellen Schäden des Krieges werden“, lt. Guillard, „auf mindestens 35 Milliarden US-Dollar geschätzt.“ Das Flüchtlingskommissariat der UNO zählte Ende des Jahres 172.000 Binnenflüchtlinge, die in Lagern versorgt werden müssen. Ein weiterer prekärer Aspekt der Nachkriegsverhältnisse ist die Menschenrechtslage. Es sind vor allem zwei Personengruppen, die unter den aktuellen Bedingungen sehr zu leiden haben. Wer als Ghaddafi-Anhänger galt und nicht bereits während der Auseinandersetzungen gefangen genommen und evtl. exekutiert worden war, wurde



Schwarze in Libyen, die von der Aufständischen gefangen genommen wurden

aus seiner Wohnung vertrieben, musste mit Inhaftierung rechnen und war den Schikanen der Milizen ausgesetzt. Ähnlich erging und ergeht es den schwarzen Libyern und Arbeitern aus den südlichen

Nachbarländern, die pauschal als Ghaddafi-Sympathisanten verdäch-

tigt und dementsprechend behandelt werden.

Bei Guillard heißt es: „Die UNO hatte im November 2011 Kenntnis von 7000 inhaftierten ‚neuen Staatsfeinden‘, darunter auch Frauen und Kinder sowie viele Schwarzafrikaner, die ‚vermutlich wegen ihrer Hautfarbe festgenommen wurden‘. Die meisten würden illegal von Milizen festgehalten, gefoltert und systematisch mißhandelt.“ Wie einem Bericht des UN-Sonderbeauftragten für Libyen, Ian Martin, zu entnehmen ist, sorgen zur Zeit „bewaffnete rivalisierende Gruppen für Recht und Ordnung im Land“. Davon soll es über 300 mit mehr als

zu den Auseinandersetzungen in Syrien?

flikte zwischen sozialen Klassen, zwischen Herrschaftscliquen und Unterdrückten.“

An diesem problematischen Punkt setzt auch Anton Holberg an, wenn er bei den aufbegehrenden Bewegungen unterdrückter Klassen in den arabischsprachigen Ländern „kein politisches Programm, das wesentlich über die Forderung nach bürgerlicher Demokratie und Verbesserung ihrer ökonomischen Lage im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung hinausgeht“, erkennen kann. So bleibt denn vorerst nur eine Hoffnung auf politische Kräfte, die durch langjährige Kontakte beispielsweise zu finanzkräftigen Golfstaaten organisatorische Stärke entfalten können.

„Da die ‚friedensbewegte‘ internationale Bewegung keine ausreichenden Mittel hat, dem ernsthaft etwas entgegen zu setzen, täte sie gut daran, die Finger von irgendwelchen ‚Adoptions‘-Versuchen

zu lassen (...) und stattdessen inhaltliche Aufklärungsarbeit über Charakter und gesellschaftliche Perspektiven der im syrischen Bürgerkrieg (und um einen solchen und keineswegs nur um den Kampf ‚des syrischen Volkes‘ gegen die ‚Assad-Diktatur‘ handelt es sich) aktiven Kräfte zu leisten und natürlich gegen jede Einmischung ihres je eigenen imperialistischen Staates einzutreten.“ (Anton Holberg, 20.4.12)

In einer etwas komplizierten Situation befindet sich die DKP. Auf der Homepage ist zu lesen: „Unter solchen Voraussetzungen und den zu Grunde liegenden inländischen Widersprüchen in Syrien ist eine klare politische Orientierung keine einfache und alltägliche Aufgabe.“ (kommunisten.de, 29.05.2011) Mit den Voraussetzungen bezieht man sich auf Äußerungen von NATO- und EU-Repräsentanten, die öffentlich aggressive Positionen

gegen Assad bezogen haben. Und für die inländischen Widersprüche trägt auch die syrische KP als Teil der regierenden Nationalen Progressiven Front Mitverantwortung. Angesichts dieser Sachverhalte in der Tat „keine einfache und alltägliche Aufgabe“.

In einer „Erklärung des Internationalen Komitees der (trozkistischen) Vierten Internationale“ werden die arabischen Rebellionen als „Revolutionen“ bezeichnet. Freund und Feind scheinen auch in Syrien klar definiert zu sein, wenn es heißt: „Seit einem Jahr gehen die syrischen Massen (!) auf die Straße und haben heldenhaft (!) und friedlich den täglichen Massakern stand gehalten.“ Die Rede ist von der „Märtyrerstadt Homs“, eine Bezeichnung, die eine marxistische Organisation nicht verwenden sollte. Immerhin spricht sich das Komitee „gegen jede Art von militärischer Intervention“ aus.

hd

120.000 Kämpfern geben. Allein in Tripolis teilen sich 50 Milizen die Einflussgebiete auf. Der „Nationale Übergangsrat“, der während des Aufstands von der NATO als Führungsgremium betrachtet wurde, ersetzte den bisherigen „Exekutivrat“ durch eine formelle Interimsregierung, was wiederum kaum Auswirkungen hat, denn die tatsächliche Macht liegt nach wie vor in den Händen der Milizen und der Stämme. Deren Gemeinsamkeiten endeten zumeist mit dem Ende der Ghaddafi-Herrschaft. Seit der offiziellen Beendigung des Krieges brechen regelmäßig neue Kämpfe in verschiedenen Teilen des Landes aus. Im Januar kam es in Tripolis zu einem mehrstündigen Gefecht mit Toten und vielen Verletzten zwischen Milizen aus Misrata und einer lokalen Miliz. Umstritten bei anderen Milizen ist der sog. Militärführer von Tripolis, Abdelhakim Belhadsch. Er soll auf Seiten Al Qaidas und der Taliban in Afghanistan und Irak gekämpft haben. Auf ihn, der die stärkste bewaffnete Formation in der Hauptstadt, den „Tripolis Militärrat“ kommandiert, stützt sich die Interimsregierung. In der Umgebung der Hauptstadt Tripolis ist Abubaker Emhamed, Kommandeur von über 100 Milizen mit etwa 10.000 Kämpfern, dabei, den Einfluss von Belhadsch in Grenzen zu halten. Seine Leute bewachen die Ölfelder und den internationalen Flughafen von Tripolis. Mit der Einigkeit der Rebellen ist es also nicht gut bestellt. Dazu kommen regionale Konflikte. Bei Spiegel online war am 6. März zu lesen: *„Das neue Libyen zerfällt. Die Region Cyrenaika hat sich für unabhängig erklärt.“* Und eine Woche später: *„Das neue Libyen kommt nicht zur Ruhe. Während einer Kundgebung in der Stadt Bengasi sind Demonstranten von Bewaffneten mit Messern, Steinen und Schusswaffen angegriffen worden. Mindestens ein Mensch starb. Rund 2000 Libyer hatten für die Gründung einer autonomen Region protestiert.“* Zur selben Zeit, als sich in der Cyrenaika separatistische Bestrebungen verstärkten, kam es im Süden des Landes, etwa 700 Kilometer von Tripolis entfernt, zu heftigen Stammeskämpfen mit über 100 Toten. Der Journalist Alfred Hackensberger berichtete dazu aus Tripolis: *„Zu Streitigkeiten war es zwischen Stämmen gekommen, die in der Ära nach Muammar Gaddafi ihre Machtpfunde neu sor-*

tieren.“ Die beiden involvierten Städte *„liegen auf Schmuggler Routen, auf denen Zigaretten, Drogen, Alkohol und Waffen transportiert werden“*. Libyen sei *„faktisch weiter aufgesplittert in große Städte und die Regionen. Diese machen, was sie wollen, und die Übergangsregierung ist auf deren Wohlwollen angewiesen“*. (ND, 2.4.12)

Was den Süden des Landes betrifft, ist mit der Ausrufung eines Tuareg-Staates namens Azawad in Mali eine zusätzliche Destabilisierung der Region zu erwarten. Dazu äußerte sich der SZ-Journalist Rudolph Chimelli in einem Artikel mit der Überschrift *„Afrikas Afghanistan“* am 14. April: *„Für Gaddafi war ein großer Saharastaat einst ein Traum, einige Tausend Veteranen, die sich mit schweren Waffen aus Libyen in ihre südlichen Heimatländer abgesetzt haben, könnten ihn nun verwirklichen. Ein unabhängiger Tuareg-Staat in der Mitte der Sahara wäre damit einer der schwersten Kollateralschäden des Libyenkrieges.“*

Sollte es im Juni, wie geplant, zu Wahlen kommen, dürften religiöse Gruppierungen des sunnitischen Islam, darunter vor allem die Muslimbruderschaft, die meisten Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung bekommen. Als Kandidaten zugelassen sind letztlich nur Personen, die ihre Unterstützung für den Aufstand belegen können. Noch ist es zu früh, über das weitere Schicksal Libyens eine Prognose abzugeben. In dem gerade erst veröffentlichten Friedensgutachten 2012 kommt Jochen Hippler zu der vorsichtigen Einschätzung: *„Vieles spricht dafür, dass der Sieg der NATO und der von ihr unterstützten Aufständischen über das Gaddafi-Regime nicht zu einem demokratischen Staatswesen führen wird, sondern zur Fragmentierung und zu gewaltsamen Machtkämpfen zwischen zahlreichen Stämmen und Milizen.“* (S. 240) Mit Sicherheit wird es sich nicht um einen fortschrittlichen Staat handeln, soweit er überhaupt Bestand haben kann. Die imperialistischen Staaten werden ihre Kriegskosten einfordern. Wenn sich die Sicherheitslage nicht schnell bessert, werden die internationalen Ölkonzerne nicht nur Freude mit dem „neuen Libyen“ haben. Diejenigen Linken, die auf den Trick mit der in der UN-Resolution 1973 geforderten Flugverbotszone hereingefallen sind, sollten diese Erfahrung im Fall Syrien

berücksichtigen. Wieder einmal hat sich eine prinzipielle Herangehensweise bewährt, die da lautet: *„Wir lehnen scharf die Einmischung imperialistischer Mächte in die Angelegenheiten souveräner Staaten ab.“* (s. *Arsti* Nr. 172, S. 9)

Syrien in der Sackgasse

Im März 2011 war es auch in Syrien zu ersten Demonstrationen gekommen. Anlass war die Verhaftung und schikanöse Behandlung von Jugendlichen nach einer Sprayaktion – manche Quellen sprechen auch von Folter – in der südsyrischen Stadt Daraa. Bei weiteren Demonstrationen soll es Tote gegeben haben, worauf Protestierende Gebäude in Brand setzten. Am 29. März trat das Kabinett zurück. Hätte damit ähnlich wie in Jordanien wieder Ruhe einkehren können? Möglicherweise. Aber die politische Gemengelage in diesem Nahoststaat und um ihn herum ist komplizierter als anderswo. Die soziale Lage großer Teile der Bevölkerung verschlechterte sich in den letzten Jahrzehnten. *„Einkommensungleichheiten und Korruption haben enorm zugenommen. Insbesondere Assads Cousin Rami Makhlouf, der in kürzester Zeit ein milliardenschweres Wirtschaftsimperium aufbauen konnte, ist für die meisten Syrer inzwischen zum Symbol für die Korruption im engsten Umfeld des Präsidenten geworden.“* (Volker Perthes in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/12) Fawwaz Traboulsi, libanesischer Linksintellektueller, dazu: *„Im Jahr 2000 reformierte Bashar Assad, nachdem er die Nachfolge seines Vaters antrat, sofort den Finanz- und Wirtschaftssektor. Der alte Wohlfahrtsstaat, der weite Bereiche der Gesellschaft versorgte, wurde neoliberal dereguliert.“* Inhaltlich ähnlich äußerte sich Hunein Nemer, Erster Sekretär der Syrischen Kommunistischen Partei (vereinigt) in einem Aufruf vom 21. September:

„Diese Bewegung (die Protestbewegung) warf ein Licht auf große Probleme im politischen Leben in Syrien: den fortwährenden Ausnahmezustand, mangelnde Regelungen der politischen Betätigung und so weiter. Darüber hinaus lenkte sie die Aufmerksamkeit auf die verbreitete Unzufriedenheit über die Verschlechterung der sozialen und Lebensbedingungen in der Folge der

Hinwendung Syriens zu einer ‚freien Marktwirtschaft‘ – Reduzierung der staatlichen Unterstützung für die Armen, Zurückfahren der Subventionen für Grundbedürfnisse und für die Landwirtschaft – und freien Handel, der aber nicht von einer Weiterentwicklung der syrischen Industrie begleitet wird. Das fördert die Arbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend.“ (uz, 30.9.11)

Die beschriebene Situation verschärfte sich durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der Jahre 2008/09.

Weil aber die seit Jahrzehnten regierende Baath-Partei (*Arabische sozialistische Partei der Wiedererweckung*), als bestimmende Kraft im nationalen Parteienbündnis Progressive nationale Front, das gesamte zugelassene politische Spektrum – zwei KPen eingeschlossen – abdeckt, und somit auch für die immer dramatischere soziale Schieflage verantwortlich gemacht wird, musste sich der Widerstand außerhalb des erlaubten Politikbetriebs – sprich auf der Straße – manifestieren. Wie die weitere Entwicklung sehr schnell zeigte, war es mit einer Kabinettsumbildung nicht getan. Die Protestaktionen gingen weiter und dehnten sich auf andere Städte aus; vor allem in Grenznähe zum Libanon. Präsident Baschar al Assad ließ einerseits mit einem Bündel repressiver Maßnahmen antworten, was wiederum die Wut der Protestbewegung anheizte und zu weiteren Toten und Verletzten führte, andererseits hob er den seit 48 Jahren geltenden Ausnahmezustand auf. Im April meldete sich vom Ausland aus die Moslembruderschaft zu Wort, die zu einer Ausweitung der Proteste aufrief. Gleichzeitig setzte US-Präsident Obama Sanktionen gegen Mitglieder der syrischen Regierung in Kraft. Spätestens im Juni eskalierten die Unruhen zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen. Deserteure brachten ihre Waffen mit, aber auch über die irakische und libanesische Grenze kam Nachschub für bewaffnete Gruppen, die sich fortan als Freie syrische Armee bezeichneten und wohl den Truppen der Regierung an Grausamkeit nicht nachstehen. Der

ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer, der sich im November und im März in Syrien aufhielt und nicht als Sympathisant der Assad-Familie gelten kann, belegte diese Behauptung mit konkreten Beispielen.



Eine Leichenhalle in der Stadt Hula

Im August forderten, nachdem in einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats wegen Russland und China keine gemeinsame Resolution zustande gekommen war, die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien den Rücktritt des Präsidenten Assad. Im September wurde die Zahl der Bewaffneten der Freien syrischen Armee mit 10.000 beziffert. In den Medien tauchten Meldungen auf, Kämpfer mit Afghanistan- und Libyenerfahrung seien in Syrien aktiv, nicht zuletzt Al Qaida-Strukturen. Im Oktober bezifferte der UN-Menschenrechtsrat die Zahl der Getöteten mit 3.000. Die Arabische Liga suspendierte im November die Mitgliedschaft Syriens. Im Frühjahr 2012 ernannte man den früheren UNO-Generalsekretär Kofi Annan zum Sondergesandten der UNO und der Arabischen Liga. Es gelang, einen Waffenstillstand auszuhandeln. Über die Einhaltung gibt es unterschiedliche Meldungen. Jedenfalls überwies der Golf-Kooperationsrat im April 100 Millionen Dollar an die Freie syrische Armee, kein Beitrag zu einer Deeskalation der Kämpfe. Für Überraschung sorgte unlängst der neue französische Staatschef François Hollande, der eine bewaffnete Intervention unter UN-Mandat nicht nicht mehr ausschließt. Eine herbe Enttäuschung für alle, die den

sozialdemokratischen Präsidenten nach der Ankündigung des Rückzugs der französischen Truppen aus Afghanistan auf einem ganz anderen Weg sehen wollten. Die Frage, ob es ähnlich wie in Libyen zu einer bewaffneten Intervention kommt, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Wer immer das schreckliche Massaker von Hula mit über 100 Toten und weitere Metzeleien zu verantworten hat, will eine Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen und ein Scheitern der Annan-Mission. Ein Sprecher der Aufständischen soll am 4. Juni den Friedensplan von Kofi Annan für gescheitert erklärt und eine Verschärfung des militärischen Kampfes angekündigt haben. Die Beteiligung von über 12.000 Soldaten der

USA, von Jordanien und 15 weiteren Ländern des Nahen Ostens an dem dreiwöchigen Militärmanöver *Eager Lion (Eifriger Löwe)*, welches am 15. Mai begann und seitens der USA Eliteeinheiten der Bodentruppen, der Luftwaffe, der Marine und von Spezialeinheiten einschloss, deutet unmissverständlich darauf hin: Das Pulverfass Nahost steht vor einer Explosion.

Stand: 4.6.12 /hd

Anzeige

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Türkei, eine neue Wirtschaftswunder?

Die türkische Wirtschaft und die Gewerkschaftsbewegung



Istanbuler Bankenviertel

Die türkische Wirtschaft und Außenpolitik wird zurzeit viel beachtet und gelobt, vor allem von den westlichen Staaten und Unternehmen. Sie sind vor allem von dem starken Wachstum begeistert. Mittlerweile ist das Land wirtschaftlich potenter als viele EU-Staaten, sitzt im auserwählten Kreis der G-20 Länder. Nach kurzem Einbruch 2009 mit minus 4,8 Prozent glänzt die Wirtschaft wie auch zuvor wieder mit hohen Wachstumszahlen.

Dabei hat die Bevölkerung in der Türkei wenig von diesem starken Wachstum.

Fast 35 % der Bevölkerung leben knapp an der Armutsgrenze oder darunter. 43,7 Prozent der Einkommen bestehen aus abhängiger Beschäftigung, 20,5 Prozent sind Sozialleistungen und 20,2 Prozent aus selbstständigen Einnahmen. Nach Angaben des Statistikinstituts der Türkei, lag der durchschnittliche Pro-Kopf-Verdienst 2011 bei 22.630

Lira, also knapp 9.800 Euro pro Jahr. Nach den offiziellen Zahlen von 2008 bekommen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung 34,1 % der Nationaleinkommen und die ärmsten 10 Prozent gerade mal 2 %.

Fast die Hälfte der sozialversichert Beschäftigten beziehen den Mindestlohn, der nach den neuesten Erhöhungen 886,50 Türkische Lira beträgt, etwa 385 Euro, brutto. All diese Zahlen sagen jedoch wenig aus. Nach einer aktuellen Untersuchung der Gewerkschaftsdachverbandes *DISK*, muss ein Mindestlöhner, eine Mindestlöhnerin für eine Durchschnittsmiete 163 Stunden, für ein Kilogramm Fleisch 8 Stunden und für einen Kita-Platz für ein Kind 19 Tage arbeiten. Es ist davon auszugehen, dass die realen Zahlen noch erschreckender sind, denn in vielen Klein- und Kleinstunternehmen, bei Subunternehmern und in der Landwirtschaft arbeitet der Großteil der Beschäftigten unter noch schlimmeren Bedingungen.

Offiziell sinkt die Arbeitslosigkeit nie unter zehn Prozent, zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass jemand, der in der Woche eine Stunde bezahlter Beschäftigung nachgeht, nicht als arbeitslos gilt! Auch gibt es sehr große Unterschiede bei den Löhnen zwischen die Industriezentren und dem Land, bzw. zwischen großen Industrieunternehmen und Klitschen.

Seit der großen Krise in der Textilindustrie in den 2000er Jahren, als hunderttausende Beschäftigte ihre Arbeit verloren, wurde auch den türkischen Kapitalisten klar, dass sie nicht mit den Niedriglöhnen in Ost- und Südostasien konkurrieren können. So entstehen auch bei hohem Wirtschaftswachstum vergleichsweise wenig neue Arbeitsplätze in der Industrie, weil die Unternehmen zunehmend in Arbeitskräfte sparende Techniken investieren. Der Unternehmerverband für Automatisierungstechnik *ENOSAD* gibt das jährliche Wachstum seiner Branche vor der

Krise 2009 mit 15 bis 20% jährlich an, 2010 mit immerhin schon wieder 10% bei einem aktuellen Umsatz von rund 1,2 Mrd. US-Dollar.

Leistungsbilanzdefizit, Konsum auf Pump

Der Haushalt des türkischen Staates wird nach Angaben des größten türkischen Kapitalverbandes TÜSİAD fast zu 70 Prozent aus Verbrauchersteuern finanziert (der Durchschnitt der OECD Länder liegt bei 35 %). Der Rest setzt sich aus Privatisierungserlösen und Steuern auf Einkommen zusammen. In den vergangenen Jahren wurde die Körperschaftssteuer von 30 % auf 20 % abgesenkt, der Spitzensatz bei der Einkommenssteuer von 40 auf 35 %, der Eingangssteuersatz liegt bei 15 Prozent. Das türkische Finanzministerium geht davon aus, dass bis zu ein Viertel der Steuern hinterzogen wird.

Ein Großteil des Wirtschaftswachstums in der Türkei beruhte in der Vergangenheit und beruht auch heute auf inländischem Konsum. Natürlich waren es nicht die bescheidenen Löhne und Gehälter, die den Konsum ankurbelten. 2011 hat die Türkei mit fast 35 % das höchste Wachstum an Kreditvergaben aller Schwellenländer. Etwa 55 % aller Kredite in der Türkei werden an Menschen mit einem Einkommen von weniger als 1.200 US-Dollar pro Monat vergeben. Das Pro-Kopf-Kreditvolumen – also die Verschuldung jedes einzelnen – hat sich innerhalb von fünf Jahren verdoppelt. Die Gesamtverschuldung der privaten Haushalte bei Banken betragen 95,4 Milliarden Euro. Betrachtet man die niedrigen Einkommen der Arbeiterklasse, ein enorm hoher Schuldenberg.

Neben den kurzlebigen Konsumgütern und Pkws wurden mit den Krediten vor allem Immobilien finanziert. Die Bauindustrie war und ist neben der Telekommunikation und dem Einzelhandel der Sektor mit den größten Zuwachsraten. Im Januar 2012 vergaben die türkischen Banken nun um 27 % weniger Kredite als noch vor einem Jahr. Gleichzeitig hat die Inflationsrate mit 10,6 % im Januar 2012 den höchsten Stand seit Ende 2008 erreicht. Ob sich eine Immobilienblase wie vor wenigen Jahren in

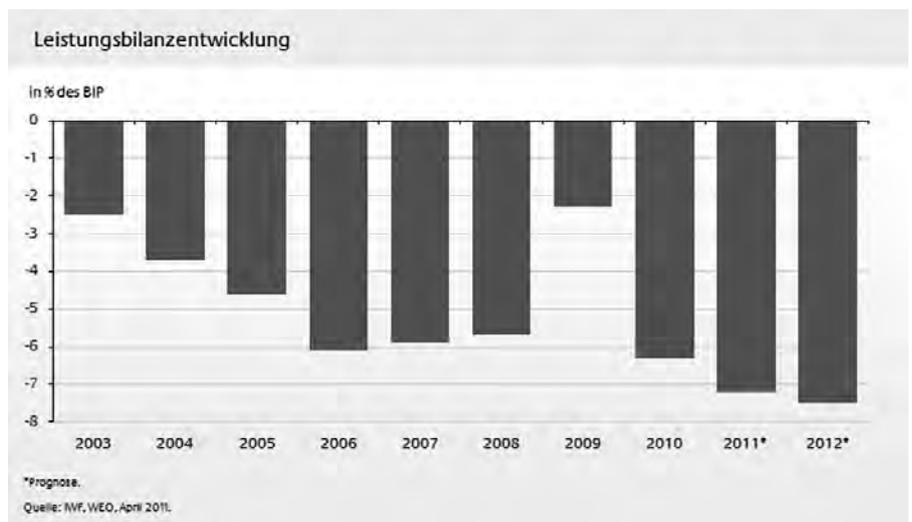
einigen westlichen Ländern nun auch in der Türkei ankündigt, kann man noch nicht sagen, doch ist im letzten Quartal 2011 und im ersten 2012 die Bautätigkeit zurückgegangen. Bei höheren Kreditzinsen werden die schon jetzt hoch verschuldeten Haushalte ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können. Wie solide die viel gelobten türkischen Banken sind, wird sich dann zeigen.

Zum 100. Jahrestag der Republikgründung – 2023 – möchte die türkische Regierung gerne unter den wichtigsten zehn Industrienationen der Welt sein, so zumindest ihre Propaganda. Was gerne ignoriert wird ist, dass das Land viel mehr importiert als exportiert. Auch die Abhängigkeit vom ausländischen Kapitalzufluss ist sehr hoch. Solange alle glauben, dass die Kapitalanlagen in der Türkei weiterhin so hohe Profite abwerfen gibt es auch keinen Grund zur Beunruhigung.

Eine neue wirtschaftliche Rezession, wie die im Jahr 2008, wird aber die Türkei hart treffen, das Land ist durch sein produzierendes Gewerbe stark von Exporten abhängig. 2011 machten die Industriegüter über 90 Prozent der Exporte aus, die im Falle einer Krise einbrechen würden. Durch das hohe Leistungsbilanzdefizit hat die Türkei einen permanent hohen Finanzierungsbedarf. Natürlich trifft solche Länder, die in diesem Ausmaß abhängig sind, die zurückhaltende Kreditvergabe der internationalen Banken umso härter.

Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsbewegung ist in der Türkei weiterhin im Niedergang. Grundsätzlich sind in der Türkei die in der Produktion Beschäftigten und die Beamten und Angestellten getrennt organisiert. Das liegt



daran, dass in früheren Jahren nur die Arbeiterinnen und Arbeiter sich gewerkschaftlich organisieren durften. Die Kämpfe der Angestellten und Beamten haben mittlerweile ermöglicht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, aber diesen Gewerkschaften werden noch immer das Streikrecht und Tarifverhandlungen verweigert.

Organisationsgrad der Gewerkschaften

Zurzeit geben die in der Produktion organisierten Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen mit 5,5 Million an, was ganz schön respektabel wäre. Aber die Zahlen der Regierung liegen weit darunter. Danach gibt es nur ca. 950.000 Gewerkschaftsmitglieder. Die türkischen Sozialversicherungen geben die Anzahl der bei ihnen versicherten Arbeiterinnen und Arbeiter mit 11,5 Millionen an. Damit wären nur knapp 7,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Produktion organisiert. Die Kolleginnen und Kollegen schätzen den Organisationsgrad noch niedriger ein, ca. bei sechs Prozent, weil nicht alle Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie sozialversichert beschäftigt sind, damit nicht von den Statistiken erfasst werden und auch nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein dürfen.

Diese großen Unterschiede bei den Zahlen haben in den repressiven türkischen Gewerkschaftsgesetzen ihren Ursprung. Nach türkischen Arbeitsgesetzen werden Beschäftigte, die z. B. in die Rente gehen, arbeitslos werden bzw. die Arbeitsbranche wechseln, nicht mehr als Mitglied in ihrer alten Gewerkschaft geführt, auch wenn sie ihre Beiträge weiterhin abführen. Und für das Arbeitsministerium zählt schlussendlich nur die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die in den Gewerkschaften organisiert sind, die die Tariffähigkeit schon besitzen; das sind eben nur 950 Tausend Beschäftigte.

Nicht immer einfach zu erreichen: Die Tariffähigkeit der Gewerkschaften

Die heute noch gültigen Gewerkschaftsgesetze sind ein Geschenk der Putschisten an die Unter-



Demonstration für die gewerkschaftliche Organisation

nehmer. Sofort nach dem Putsch 1980 wurden die meisten Gewerkschaften verboten, die Streiks ausgesetzt und tausende Kolleginnen und Kollegen und Funktionäre verhaftet.

Bisher haben alle Parteien, die an die Macht kamen, entgegen ihren Versprechen nichts Grundlegendes an diesen Gesetzen verändert. Auch die Kolleginnen und Kollegen waren trotz aller Anstrengung bisher nicht in der Lage, diese Gesetze zu kippen. So sind Betriebs- und Berufsgewerkschaften weiterhin verboten, die Gewerkschaften müssen sich in der gesamten Branche organisieren. Die Branchen werden jährlich von der Regierung festgelegt – zurzeit sind es 28 Branchen. Streikrecht gilt nur für die in gewerblichen Betrieben Arbeitenden und dort ist es auch starken Reglementierungen unterworfen. Die Angestellten und Beamten dürfen zwar mittlerweile Gewerkschaftsmitglied sein, ihre Gewerkschaften haben aber die Tarifverhandlungen im Einvernehmen mit der Regierung und den Arbeitgebern (die immer identisch sind) zu führen.

Zudem müssen die „Arbeiter-Gewerkschaften“, so die Bezeichnung der Gewerkschaften des produzierenden Sektors in der Türkei, drei Kriterien erfüllen um tariffähig zu sein:

- Mindestens 50,1 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes müssen in der Gewerkschaft organisiert sein
- Mindestens zehn Prozent der Kolleginnen und Kollegen einer Branche müssen Mitglied in derselben Gewerkschaft sein
- Die Beschäftigten müssen ihre Mitgliedschaft notariell beglaubigen lassen und diese muss diversen örtlichen und zentralen Behörden angezeigt werden.

Dieses bürokratisch aufwendige Verfahren existiert natürlich nur für Gewerkschaften, man kann alles

Mögliche – von einer GmbH bis zur politischen Partei – einfacher gründen als eine Gewerkschaft.

Die AKP-Regierung bereitet zurzeit ein neues Gesetz vor, das wohl einige Änderungen bringen wird. Wann es aber im Parlament diskutiert und mit welchen Änderungen beschlossen wird, ist noch unklar.

Ihr sollt nicht streiken

Das Streikrecht ist eng an die Tarifverhandlungen gebunden, was bedeutet, dass die Gewerkschaften bestimmte Schritte einhalten müssen.

Vor jeder Verhandlung muss durch die Ministerialbürokratie die Tariffähigkeit der Gewerkschaft festgestellt werden. Dann müssen für die Dauer von maximal 60 Tagen Kollektivverhandlungen geführt werden. Danach setzt ein offizielles Schlichtungsverfahren ein, das höchstens 21 Tage dauern darf. Nachdem die offizielle Schiedsperson beiden Parteien ihren Bericht vorgelegt hat, muss die Gewerkschaft weitere sechs Arbeitstage abwarten, bevor sie über die Aufnahme von Streikmaßnahmen entscheidet. Fällt die Entscheidung positiv aus, muss der Streik dem Arbeitgeber mindestens sechs weitere Arbeitstage vorher angekündigt werden.

Die türkische Regierung ist vom Gesetz her dazu berechtigt, einen Streik aus Gründen der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Gesundheit für die Dauer von bis zu 60 Tagen auszusetzen. Die Gewerkschaften können beim Staatsrat einen Antrag auf Aufhebung dieser Verfügung stellen, sollte dieser aber abgelehnt werden, kann zum Ende dieser Periode ein bindender Schiedsspruch angeordnet werden.



Spontanstreik der Kolleginnen und Kollegen am Istanbul Flughafen am 29. Mai

Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst

Besser sieht es mit dem Organisationsgrad der Beschäftigten im öffentlichen Dienst aus: Von 1.767.737 Beschäftigten sind nach Angaben der Regierung dort 1.023.362 Mitglieder einer Gewerkschaft, ca. 58 Prozent. Die größten Dachverbände der hier aktiven Gewerkschaften sind vor allem Memur-Sen, Kamu-Sen und der KESK.

Der Dachverband KESK, mit ca. einer halben Million Mitglieder ehemals der größte der drei, hat mittlerweile nur noch 220.000. Er versteht sich explizit als eine fortschrittliche, klassenkämpferische Gewerkschaft und hat elf Mitgliedsgewerkschaften. Ihr Niedergang hängt stark mit der konservativ-neoliberalen AKP-Regierung und der dieser sehr nahe stehenden Memur-Sen, der mittlerweile an die 400.000 Mitglieder hat, zusammen.

Der Druck auf die Beschäftigten sich in einer der Regierung wohlgesonnenen Gewerkschaft zu organisieren ist enorm. Es kann sich jede und jeder ausrechnen, was die Mitgliedschaft in einer „falschen“ Gewerkschaft bedeutet: schlecht bezahlte Stellen, den in der Türkei immer noch üblichen Strafeinsatz der Beschäftigten hunderte Kilometer vom Wohnort entfernt (trifft immer nur gewerkschaftlich aktive Kolleginnen und Kollegen!) oder bei der nächsten Entlassung bzw. Outsourcing mit dabei zu sein.

Dazu kommt die direkte Repression: zurzeit sitzen in Gefängnissen der Türkei 40 Kolleginnen und Kollegen alleine der KESK aufgrund unterschiedlichster Vorwürfe in Untersuchungshaft. Wann und ob sie freikommen ist ungewiss. Und auch wenn sie nach ein paar Jahren draußen sind, können sie in den Gewerkschaften

keine Funktionen mehr übernehmen, weil sie „vorbestraft“ sind.

Es gibt aber auch ganz feste, hausgemachte Gründe für den Niedergang. So sind die Gewerkschaften traditionell einer der Austragungsorte innerlinker Fraktionskämpfe. Zum einen entstehen die starken, klassenkämpferischen Gewerkschaften durch den unermüdlichen Einsatz der kommunistischen, sozialistischen Kolleginnen und Kollegen, die auch durchaus Anerkennung, Respekt und die Mitgliedschaft der Beschäftigten gewinnen. Aber irgendwann arten die Fraktionskämpfe aus, es werden verschiedene oppositionelle Listen für die diversen Wahlen aufgestellt, es wird gegeneinander gekämpft, Bündnisse gegen die andere Richtung geschlossen, die Funktionärsposten werden im Proporzverfahren, wer wie viele Anhänger wo hat, verteilt ... Auch das ist einer der Gründe, warum KESK Mitglieder verliert.

Ausblick

Wann der gewerkschaftliche Niedergang zu einem Ende kommen wird, ist nicht abzusehen. Der Staat

und das Kapital scheinen mit allen Mitteln eine unabhängige, starke Gewerkschaftsbewegung verhindern zu wollen. Die wirtschaftliche und politische Lage ist für Gewerkschaften sehr ungünstig. Es gibt einen enormen Arbeitskräfteüberschuss und die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind sehr repressiv. Aber selbst die bescheidenen Rechte lassen sich in der Türkei vor bürgerlicher Justiz nicht durchsetzen. So gibt es Einschätzungen, dass 99 Prozent der arbeitsrechtlichen Prozesse zugunsten der Unternehmenseite entschieden werden. Dazu kommen natürlich die extralegalen Maßnahmen der Polizei und der Gendarmerie gegen Streikende oder die straffreie Entlassung ganzer Belegschaften wegen Gewerkschaftsmitgliedschaft. Auch der Krieg in Kurdistan und der Nationalismus in der Gesellschaft spalten die Belegschaften.

Die Gewerkschaften müssen in der Türkei einen heftigen Mehrfronten-Kampf führen. Dabei fehlen ihnen in der Parteienlandschaft weitgehend politische Partner. Teile der BDP (*Bariş ve Demokrasi Partisi – Partei des Friedens und der Demokratie*), vor allem die Vertreter der sozialistischen und kommunistischen Linken wären dafür geeignet. Doch wird die BDP von vielen immer noch als „Kurdenspartei“ wahrgenommen – die sie zum Großteil auch sicherlich ist. Das stellt für viele Kolleginnen und Kollegen ein Hindernis dar. Der überwiegende Teil der Gewerkschaften tut sich schwer eine richtige Antwort auf die nationalistische Spaltung der Klasse zu geben und laviert stattdessen herum.

13. Juni 2012, Ankara. Kundgebung für die inhaftierten Kolleginnen und Kollegen. Der Text auf dem Transparent: „Die gefangenen KESKler sind unser Stolz“



Aber dennoch werden über die Probleme der Gewerkschaftsbewegung sehr gute und qualifizierte Diskussionen geführt. Und auch in dieser schweren Lage gibt es immer noch tausende Kolleginnen und Kollegen, die in den Betrieben die schwierige Organisationsarbeit

auf sich nehmen. Trotz ihrer Zersplitterung und Uneinigkeit, trotz des Streikverbots, konnten die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst am 23. Mai dieses Jahres 1.500.000 Beschäftigte für einen ganztägigen Streik mobilisieren. Und schlussendlich gehen jedes Jahr am ersten

Mai Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellte auf die Straße um zu demonstrieren, weil der erste Mai nicht Feier- sondern Kampftag ist.

In der nächsten Arbeiterstimme werden wir die politische Lage in der Türkei analysieren.

Fristlose Kündigung per SMS

Regierung schafft das Streikrecht in der Luftfahrt-Branche ab.

Der Gewerkschaft HAVA-IS und Turkish Airlines verhandelten monatelang um einen neuen Tarifvertrag. HAVA-IS ist die einzige Gewerkschaft der Branche und organisiert die Beschäftigten der Luftfahrtindustrie von den Piloten bis zum Bodenpersonal. Erst kürzlich gab die Gewerkschaft bekannt, dass sie über 400 für Sicherheitskontrollen zuständige Beschäftigte eines auf einem der Istanbul Flughäfen tätigen Unternehmen organisiert hätte. Diese Kolleginnen und Kollegen waren bisher zu Mindestlöhnen beschäftigt gewesen. Mit der Organisation in der HAVA-IS waren Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen zu erwarten.

Eigentlich sollten die Tarifverhandlungen bereits am 1. Januar 2011 beginnen. Die Gewerkschaft hatte schon am 16. September 2010 beim Arbeitsministerium den Antrag zur Feststellung ihrer Tariffähigkeit gestellt. Die positive Antwort der Regierung traf aber erst 3,5 Monate später ein. Kurz vor Verhandlungsbeginn bestritt dann die Unternehmenseite, dass die Gewerkschaft HAVA-IS über die notwendige Anzahl an Beschäftigten im Unternehmen und in der Branche verfüge. Nach diversen Arbeitsgerichtsprozessen stand Ende Dezember 2011 eindeutig fest, dass die Gewerkschaft alle gesetzlichen Bedingungen zur Führung der Tarifverhandlungen erfüllt. So konnten die Tarifverhandlungen für 50.000 Beschäftigte mit einem Jahr Verspätung anfangen.

Nachdem mehrere Verhandlungstermine ohne Ergebnis blieben, wurde im April nach gesetzlichen Vorschriften ein offizieller Schlichter benannt; denn gestreikt werden darf erst wenn auch bei der Schlichtung keine Einigung zustande kommt. Turkish Airlines klagte Anfang Mai

gegen die Ernennung des Schlichters vor dem Arbeitsgericht – ein Vorgang, der in der Türkei noch nie vorgekommen ist. Denn die Schlichter werden durch die Regierung ernannt und sind stets unternehmerfreundlich. Es liegt auf der Hand, dass der Unternehmer durch diese Klage Zeit gewinnen wollte.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Regierungspartei AKP ein Gesetz vorbereitet, das Streiks im Luftverkehr verbietet. Der vorgelegte Gesetzesentwurf sah für Flug- wie Bodenpersonal ein Streikverbot vor. Am 29. Mai, in der Nacht vor der Parlamentssitzung zur Verabschiedung, machten Hunderte Beschäftigte in einem Istanbul Flughafen aus Protest gegen den Gesetzentwurf „Dienst nach Vorschrift“ oder meldeten sich mit ärztlichen Attesten arbeitsunfähig. Etliche von Flügen fielen aus.

Noch in derselben Nacht wurde Hunderten von Kolleginnen und Kollegen per SMS und E-Mail gekündigt, ihre elektronischen Zugangsdaten zu ihren Arbeitsplätzen gelöscht, die De-

monstrationen und Versammlungen auf dem Flughafengelände verboten. Auch mittels des Einsatzes von Streikbrechern durch Subunternehmer wurde der – „ungesetzliche“ – Streik sehr schnell zerschlagen.

Zurzeit sind über 300 Beschäftigte entlassen. Der Gewerkschaft HAVA-IS organisiert mit der Unterstützung vieler anderer Gewerkschaften und Organisationen überall in der Türkei Kundgebungen; ob sie zum Erfolg führen werden, bleibt abzuwarten.

Das Streikverbot in der Luftfahrt wurde in aller Eile beschlossen, vom Staatspräsidenten unterschrieben und ist bereits in Kraft getreten. Damit haben der Staat und das Kapital Voraussetzungen geschaffen, eine kämpferische Gewerkschaft, die überdies – entgegen der sonstigen Gepflogenheiten in der Türkei – die einzige Gewerkschaft der Branche ist, zu zerschlagen. Ob ihre Rechnung aufgeht, wird vor allem davon abhängen wie sich die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in den nächsten Tagen dazu verhalten werden.



Streikende Kolleginnen der Turkish Airlines

Nordkorea

Die gefrorene Revolution Teil II



Fast alle Städte des Nordens sind zwischen 50 und 100 Prozent zerstört, alle Industrieanlagen, Infrastruktur, Stauseen. (...) Das Land ist deindustrialisiert, die Menschen sind traumatisiert.

Nach dem Krieg

Kim braucht Jahre, um seine Position wieder zu festigen. Nach außen gibt er den Freiheitshelden des koreanischen Volkes, der eine Weltmacht gestoppt hat und der jetzt den planmäßigen Wiederaufbau des Nordens anleitet. Zwischen 1954 und 1958 wird das „genossenschaftliche Organisationssystem“ in Landwirtschaft, Handwerk und Kleingewerbe eingeführt und durchgesetzt. Nach innen, d. h. innerhalb der Partei, setzen Schuldzuweisungen ein. Kim Il-sung

geht in die Gegenoffensive, er schaltet die höchstrangigen Mitglieder aus dem Süden des Landes aus. Der Vorwurf lautet, dass sie ihre Aufgaben als Organisatoren während der Besetzung nicht leisteten. Also seien sie Spione der USA und müssen hingerichtet werden.

Kim gelingt es immer wieder, Koalitionen gegen Oppositionsgruppen zu schmieden und die Betroffenen als Schuldige auszuschalten. Das politische, militärische, humanitäre und ökonomische Debakel des Krieges wird nie thematisiert. Es habe nur Erfolge, keine Fehler gegeben, und wenn es zu Fehlern gekommen sei, habe der Feind seine Hand im Spiel.

Die Entstalinisierung 1956 öffnet kurze Zeit die Schleusen für Kritik in der Partei der Arbeit Koreas (PdAK), doch Kim setzt sich erneut im Zentralkomitee durch, wieder mit

den bekannten Folgen für die allzu offenen Gegner.

Warum war dies möglich, weshalb gelang es ihm mehrmals, die Partei auf sich auszurichten?

Es gibt zweifellos mehrere Gründe, ob sie in der Summe eine überzeugende Erklärung ergeben, mag jeder für sich entscheiden.

Kim lässt einer möglichen Parteiopposition keinerlei Spielraum, seine Person ist anfangs immer wieder der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Parteiflügel einigen – bevor diese Flügel, die „Cliques“, nach und nach beseitigt werden. Dazu bedient er sich der Strategie, diejenige Institution, die wie er selbst nach dem Desaster in Gefahr gerät, nämlich das Militär, als Machtfaktor neben die Partei zu stellen. Die *Juche-Ideologie*, die Kim im militärischen Umfeld entwickelt, ist dafür der entscheidende Hebel.

Für die harte Zeit des Aufbaus nach dem Krieg, die tiefe Einschnitte in die gesellschaftliche Organisation Nordkoreas mit sich bringt, steht Kim Il-sung, der alle entsprechenden Maßnahmen durchsetzt und vertritt: die Kollektivstrukturen in Handwerk und Handel, die Kollektivierung der Landwirtschaft auf dörflicher und auf städtischer Ebene in den 1950er Jahren unter lokalen wie regionalen Lenkungskomitees.

Kim beginnt mit seinen Reisen durch das Land, bei denen er den Menschen das Gefühl gibt, den Aufbau anleitend und motivierend in die Hand zu nehmen. Was in späteren Jahren zum Ritual wird und vor Ort eher Schrecken als Hilfe bedeutet, vermittelt in den ersten Jahren das – durchaus beliebte – Bild des volksnahen und aufopferungsvollen Führers. Niemand aus der Parteispitze ist in der Lage, eine ähnliche Rolle zu spielen.

Kim vertritt Korea nach dem Krieg gegenüber den Verbündeten. Ob die Gerüchte zutreffen, dass sowohl die Sowjetunion als auch China versucht haben, sich Kims zu entledigen, muss offen bleiben. Er war sicher nicht der Lieblingsverhandlungspartner für die anderen sozialistischen Staaten und des Öfteren mussten sie gute Miene zum bösen Spiel machen. So gewähren die sozialistischen Staaten Wiederaufbauhilfe in verschiedenen Sektoren. DDR-Baubrigaden

helfen bei der Wiederrichtung der schwerst zerstörten Großstadt Hamhung zwischen 1954 und 1962, danach werden sie ohne Dank entlassen, ein weiterer Kontakt ist nicht erwünscht.

Die Drei- bzw. Fünfjahrespläne zur Wiedererlangung des Produktionsniveaus von 1949, um mit Hilfe einer industrialisierten, sozialistischen Wirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung, Nahrung und Wohnraum zu sichern, werden großzügig gestützt und sind durchaus erfolgreich. Die Hilfe für Nordkorea ist auch Hilfe für Kim, der die Erfolge innenpolitisch und innerparteilich nutzt. Kim perfektioniert den Schaukelkurs zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten einerseits und dem Nachbarn China andererseits. Dass Mao den Norden gerettet hat, lässt Kim Il-sung keineswegs in Abhängigkeit geraten – schließlich gibt es die sozialistischen Blockstaaten. Und eine Mitgliedschaft Koreas im ökonomischen oder gar militärischen Bündnis der Oststaaten kommt nicht in Frage – schließlich gibt es die Volksrepublik China.

Beide sozialistischen Lager wiederum können aus eigennützigen Gründen auf ein sozialistisches Nordkorea nicht verzichten. Kim garantiert diesen Kurs ohne Wenn und Aber, wenngleich der sozialistische Inhalt dieses Kurses immer fragwürdiger wird. Selbst die Ordens- und Ehrungsflut für Kim Il-sung, die sich auf ihn ergießt (auch Honecker heftet ihm den Karl-Marx-Orden an), nutzt er, um seine Einzigartigkeit zu behaupten und zu festigen.

Spätestens nach dem 5. Parteikongress der PdAK Ende 1970 hat Kim keine innenpolitischen Gegner mehr, der Partei ist das Rückgrat gebrochen und der Führerkult gewinnt zunehmend an Fahrt. Parallel dazu wird die Militärführung, die ihre umgreifenden Strukturen in jedem nordkoreanischen Verwaltungsbezirk ausprägt, eigenständiger und ist nicht mehr antastbar. Bindeglied zwischen Militär und Partei ist Kim Il-sung, der beide Führungen in Personalunion übernimmt, Mittler zwischen Politik und Volk ist ebenfalls Kim, der die Partei nur mehr zu organisatorischen Zwecken benutzt.

Häufig wird das System Nordkoreas als stalinistisch apostrophiert,

treffender ist – nicht zuletzt aus kultureller Sicht – die Bezeichnung maoistisch. Der gottgleiche Führer chinesischer Tradition, in dessen Person das Wohlergehen des Volkes, sein Schicksal und seine Zukunft aufgehoben ist, erlebt eine koreanische Wiedergeburt. Mit Rezepten Maos zur kollektiven Anstrengung, um gesellschaftliche Entwicklungssprünge zu vollziehen, prägt auch Kim Il-sung die Ausrichtung der Wirtschaft.

Ab Beginn der 1960er Jahre verändern sich die Rahmenbedingungen für Koreas Fortschritte. Die Beziehungen zwischen China und der UdSSR verschlechtern sich dramatisch, beider Hilfeleistungen gehen mehrere Jahre lang deutlich zurück. Die Kubakrise 1962 und der beginnende Militäreinsatz in Vietnam zeigen die Gefährlichkeit und die Entschlossenheit der USA im anti-kommunistischen Kampf. Also steigen in Korea die Ausgaben für das Militär und der erste Siebenjahresplan 1961 verfehlt die Planziele massiv, worauf er um drei Jahre gestreckt werden muss. Die „Chollima-Bewegung“ (benannt nach einem mythischen Pferd, das an einem Tag 1000 Meilen zurücklegt) soll die Willensanstrengung der Arbeitenden zum Nutzen des Volkes ins Gigantische steigern und gleichsam im Vorwärtstürmen den Mangel an Ressourcen, egal ob Maschinen, Material, Kenntnisse oder Geld, ausgleichen. Bilder und Statuen des reitenden Kim, sowohl des Vaters als auch des Sohnes, gibt es in Nordkorea häufig, dies symbolisiert die Beherrschung des allmächtigen Willens durch den legitimen Herrscher.

Der eisernen Hand Kim Il-sungs ist es zu „verdanken“, dass die notwendigen Misserfolge dieses voluntaristischen Vorgehens nicht zum wirtschaftlichen Zusammenbruch und zur Hungersnot führen. Hilfe der fremd gebliebenen Freunde des sozialistischen Lagers stopft

die größten Lächer und der Unterschied der Lebensverhältnisse zwischen Nord- und Südkorea klappt bis Anfang der 1980er Jahre noch nicht unerträglich weit auseinander. Der Ausbau sozialer Leistungen ist unter diesen Rahmenbedingungen sogar bemerkenswert: zwischen 1960 und 1980 zählen dazu die Abschaffung von Schul- und Studiengebühren, die kostenlose Unterbringung in Studentenheimen, die kostenfreie Schulspeisung, die (gerade Touristen beeindruckende) Abschaffung direkter Steuern, eine (außerhalb der Landwirtschaft) regelmäßige Arbeitszeit von 48 Wochenstunden bei zwei



Wochen Jahresurlaub, ein niedriges Renteneintrittsalter von 55 (Frauen) und 60 Jahren (Männer) bei 70 % des Lohnes, der allerdings recht niedrig liegt und nur die Grundbedürfnisse abdecken kann. Gemüse wird ohne Lebensmittelkarte verkauft, zum Fleischbezug werden Bezugsscheine benötigt.

Die Geburtenzahlen sind nicht geregelt, zwei Monate vor und drei Monate nach der Geburt werden die jungen Mütter freigestellt.

Diese Garantien, die bis heute gelten (sollen), sind für ein Entwicklungsland außergewöhnlich und verschaffen Korea einige Aufmerksamkeit in der Dritten Welt. Allerdings können diese Sozialmaßnahmen, wie gezeigt, nicht mehr aus der steigenden Produktivität der eigenen Wirtschaft gestemmt werden kann. Die rasche Erhöhung der Auslandsschulden (bei den sozialistischen Staaten)

innerhalb weniger Jahre ist dafür ein beredtes Zeichen.

Konsolidierung und Umschwung

Einige wenige Strukturdaten (das Datenmaterial der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre ist heftig schwankend und scheint insgesamt wenig verlässlich) deuten also für Nordkorea bis ca. 1980 eine Entwicklung an, die für das Land selbst einen Fortschritt darstellt und von der Bevölkerung als allmählicher Anstieg des Lebensstandards wahr-

Säuglingssterblichkeit parallel dazu sinkt und die durchschnittliche Lebenserwartung erkennbar für beide Geschlechter ansteigt (von ca. 65 auf ca. 70 Jahre; gegenwärtig liegt sie darunter). Die Alphabetisierung – im Gefolge der Nachwirkungen des Krieges – zeitigt große Erfolge, die Quote der Lese- und Schreibkundigen sinkt von 15 % auf 5 %. Der Grad der Verstädterung nimmt allein zwischen 1976 und 1983 von 40 % auf 63 % der Bevölkerung zu, soweit die Zahlen glaubhaft sein sollten. Seither ist die Zahl der Stadtbewohner allerdings nicht mehr gestiegen, sondern stagniert bei 60 %.



genommen wird. Aber eben unter den Bedingungen einer von außen getragenen Entwicklung.

Die ökonomische Abhängigkeit von der UdSSR auf dem Energiesektor, im Maschinen- und Fahrzeugbau verstärkt sich bis zu deren Ende 1991 enorm. 40 % bis 45 % aller Im- und Exportgüter werden noch 1991 nur mit der Sowjetunion ausgetauscht. Zum Vergleich: bei stark sinkendem Volumen geht diese Quote bis 1993 auf 17 % mit Russland zurück. Da Korea seine Schulden nicht bedient, fließen auch keine neuen Kredite und damit keine Güter, die nicht durch Gegenlieferungen bezahlt werden können.

Worin liegen aber die Erfolge der 1970er und Anfangs der 1980er Jahre? Die Bevölkerungszahl steigt zwischen 1960 und 1991 von 11 Millionen auf 22 Millionen Menschen. Kontinuierliche Zuwachsraten werden dadurch gestützt, dass die

Das Bruttosozialprodukt wird 1975 mit 7 Milliarden, 1981 mit 25 Milliarden US-Dollar angegeben. Unabhängig davon, dass diese Steigerung auf mehr als das Dreifache unwahrscheinlich ist, kann doch gesagt werden, dass es erkennbare Zuwächse in dieser Phase gibt. Bemerkenswert ist andererseits, dass diese 25 Milliarden US-Dollar bis heute nicht mehr erreicht werden.

Es spricht für eine allmählich durchgreifende Industrialisierung, dass die nationale Wertschöpfung 1981 zu 46 % im industriellen Sektor erfolgt, der 33 % der Beschäftigten Arbeit gibt. Gleichzeitig beläuft sich der Anteil der Landwirtschaft auf 22 % am BSP, aber 49 % aller Arbeitsplätze. Die dramatische Unterproduktivität in der Landwirtschaft, die in den 1980er Jahren noch abgedeckt und verdeckt wird, tritt nach dem Zusammenbruch der UdSSR offen

zutage und hat die allseits bekannten Hungersnöte ab 1995 bis 1998 zur Konsequenz.

Die deutlich schlechteren Lebensbedingungen auf dem Lande werden auch durch archaisch anmutende Bestimmungen und Gepflogenheiten für die bäuerliche Bevölkerung zementiert. Es gibt so gut wie keinen Maschineneinsatz auf den Feldern und den Höfen, Büffelfuhrwerke und der Pflug, der vom Ochsengezogen wird, prägen die ländliche Szenerie bis heute. In den landwirtschaftlichen Kooperativen sind die Beschäftigten nach Feldebau-, Vieh- und Obstbrigaden eingeteilt, die Arbeitszeit hängt allein am natürlichen Rhythmus der Landwirtschaft. Geld spielt (offiziell) eine untergeordnete Rolle, die Bauernfamilien werden als Einheit gesehen und einmal(!) pro Jahr mit einem Geld- und Naturalanteil entlohnt. Zusätzlich erhalten Familien seit den 1990er Jahren 100 bis 150 m² Land zum privaten Anbau und Überschussverkauf.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass einerseits die Entwicklung nach den Zerstörungen des Krieges bis Anfang der 1980er Jahre in einigen Sektoren (Wohnungsbau, verkehrstechnische Infrastruktur, Elektrifizierung, Bergbau) beeindruckend ist. Die begleitende Schwäche dieser Entwicklung besteht aber darin, dass es Korea nicht gelingt, die Hilfe der (nicht offiziell) Verbündeten in einen qualitativen Sprung der Industrialisierung umzusetzen. Technisierung und Effektivitätsgewinne bleiben aus, die *Chollima-Kampagnen*, die beständig ausgerufen werden, sind, so gesehen, das Eingeständnis dieses Versagens. Die Mobilisierung der Massen für bestimmte (eilige) Programme kann der Effektivität eines Maschineneinsatzes durch Fachleute nicht das Wasser reichen. Paradebeispiel für diese Art des Vorgehens sind die jährlichen Kampagnen zum zeitgerechten Einbringen der Reisernte. Zugestanden sei, dass diese Arbeit sehr schnell und zum richtigen Zeitpunkt erbracht werden muss, wenn der Ertrag hoch sein soll. Kann jedoch dieses Ziel erreicht werden, wenn man Erntearbeiter durch Zwangsabordnungen aus nicht landwirtschaftlichen Betrieben, Büros, Schulen oder sonst woher verpflichtet? Der „Eifer“ dieser solcherart zur Solidarität Ver-

urteilen, die eher lustlos auf den Feldern herumstochern, ist mit Händen zu greifen. Ihre eigentliche Arbeit bleibt liegen, ihre Feldarbeit ist keine wirkliche Hilfe und im nächsten Jahr steht die nächste Kampagne an – nichts verändert sich. Notwendige Übergangslösungen werden zur Dauereinrichtung und finden so auch noch ihre ideologische Überhöhung. Die chronisch unterdurchschnittliche Produktivität in der Landwirtschaft, der unzureichende Motorisierungsgrad und die fehlende Mobilität der Beschäftigten werden in den „guten“ Jahren weder thematisiert noch gelöst. Als das sozialistische Lager ab 1990 verschwindet, können die Versäumnisse nicht mehr durch Hilfsleistungen kaschiert werden.

Die Neuausrichtung Nordkoreas nach 1991

Es bedarf nur einer – allerdings sehr schweren – Naturkatastrophe, um die Schwächen des Landes zu of-

Anzeige

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

fenbaren. Das erste große Hungerjahr 1995, das von weiteren gefolgt wird, ist, oberflächlich betrachtet, die unmittelbare Folge schwerer und lang anhaltender Überschwemmungen. Die Ernte des Jahres ist vernichtet und es gibt keine Reserven mehr. Die Überschwemmungen sind deshalb so verheerend und fordern viele Men-



schenleben, weil für landschaftliche Schutzmaßnahmen, Aufforstungen oder Terrassierungen keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Zur Wirtschaftskrise, die Ergebnis regelrechter Einbrüche der Ökonomie zu Beginn der 1990er Jahre ist, tritt die Hungerkrise, die bis zu einem Viertel der Bevölkerung massiv trifft. Zwischen 1990 und 1993 schrumpft die Wirtschaftsleistung um 18 %, die Einfuhren gehen auf niedrigem Niveau um über 50 %, die Ausfuhren um 35 % zurück.

Die politische Reaktion auf die Krise und der Wechsel von Kim Il-sung zu Kim Jong-il

Die politische und die militärische Führung des Landes dürfte von der Abwicklung der Sowjetunion nicht überrascht worden sein, gleichwohl ist sie aber den Folgen des Zusammenbruchs ungeschützt ausgeliefert.

Seitdem 1976 die chinesische Führung eine Neuausrichtung ihrer Wirtschaftsweise beschloss und die Nachrüstungsfrage wenige Jahre später eine neue Militäroffensive des Westens offenbarte, die nicht mehr beantwortet werden konnte, ist Bewegung in die politischen Lager gekom-

men. Rüstungsmaßnahmen binden im Osten viele Mittel, die Außenposten des Sozialismus (Kuba, Vietnam, Korea) bekommen dies zu spüren. Mitte der 1980er Jahre leitet Vietnam Wirtschaftsreformen, beginnend mit der Rückübertragung landwirtschaftlichen Bodens an die Familien, ein. Vietnam ist aber das Resultat einer

siegreichen nationalen Vereinigung auf sozialistischer Grundlage. Nordkorea dagegen ist Produkt deren Scheiterns, die Führung muss auf die veränderte Weltlage reagieren und sie wählt einen Ausweg eigener Prägung. Damit dokumentiert die Führung, dass sie handlungsfähig ist und die Weichen stellt, weiter handlungsfähig zu bleiben.

1990/91 schwört Kim Jong-il das Zentralkomitee der PdAK darauf ein, den Sozialismus eigener Prägung noch entschlossener zu verteidigen. Er wirft den (untergegangenen) Parteien Osteuropas vor, ihre Völker betrogen und verraten zu haben. Die Wohltaten des Sozialismus seien mutwillig aufgegeben worden, die führenden Parteien hätten ihrer eigenen Aufweichung so lange zugeesehen, bis es zu spät gewesen sei. Die Bedeutung der ideologischen Arbeit sei deshalb nicht hoch genug anzusetzen. Deshalb müssen auch in Korea die Reihen noch dichter geschlossen werden, der Primat von Propaganda und ideologischer Geschlossenheit sei der Garant dafür, immer lichtere Höhen des Sozialismus zu erreichen.

Kim lässt sich, genauso wie die militärische Führung, auf keinerlei Diskussion über das Ziel des Sozialismus ein. Es gebe keine Krise, höchstens Verräter. Noch bemerkens-

werner in dieser Hinsicht scheint mir die qualitative Abgrenzung der *Juche* vom Marxismus. Zwar erkennt Kim die „*Errungenschaft des dialektischen Materialismus*“ im Marxismus weiter an, aber gegenwärtig seien seine Beschränkungen evident geworden. Glücklicherweise habe die *Juche* die Erfordernisse der Gegenwart erkannt

sche Administration „*ernsthaft breit angelegte militärische Angriffe*“ auf den Norden erwägt, Enthauptungsschläge, um dessen Atomwaffenfähigkeit zu verhindern. Jimmy Carters Feuerwehmission entschärft kurzzeitig die Situation, dafür sollen die USA für existierende Graphitreaktoren Leichtwasserreaktoren liefern, die weniger

Eher werden mühsam entwickelte Kontakte und Beziehungen ersatzlos abgebrochen, als dass man sich der Stärke des Gegners beugt. Die koreanische Diplomatie wird, auch wenn sich häufig ein willkürlicher und chaotischer Eindruck ergibt, aus einer Hand gemacht. Noch sind keine Fraktionen gegeneinander auszuspielen, noch gelten die Entscheidungen der Führung, solange sie nützlich sind.

Wenn sich die Einschätzung wandelt, wird der bisherige Kurs auf der Stelle verändert. Die koreanische Politik geht dabei zweifellos Risiken ein, sie vermag andererseits aber auch die Interessen der anderen Seite und deren Grad an Entschlossenheit bei der Durchsetzung bislang hervorragend einzuschätzen.

So werden die koreanischen Atomwaffentests zähneknirschend hingenommen – weniger deshalb, weil die atomare Schlagkraft nicht zu kalkulieren sei, sondern weil die konventionelle Feuerkraft, die gegen den Großraum Seoul gerichtet ist, umso besser einzuschätzen ist.



und so sei diese originäre (!) philosophische Theorie allein in der Lage, eine Handlungsanweisung für den existierenden Sozialismus darzustellen (Kim Jong-il: *Über einige Probleme der ideologischen Festigung des Sozialismus. Rede vor dem Zentralkomitee der PdAK vom 30. Mai 1990*).

Während also nach innen das Signal auf ein „*Weiter so!*“ gestellt ist, ohne die Voraussetzungen und Möglichkeiten für den Sozialismus in diesem krisengeschüttelten Land zu erörtern, plant Korea außenpolitisch längst für die Zeit nach dem militärischen Schirm durch die sozialistischen Staaten. 1993 wehrt sich der Norden gegen die weitere Überwachung durch die Internationale Atomenergie-Kommission und tritt schließlich nach deren Hilfsverweigerung aus der Organisation aus.

Präsident Clinton, der offenbar die Schwächung Nordkoreas für weitgehende Zugeständnisse nutzen will, animiert Südkorea, die Stationierung von US-Patriot-Raketen zu beschließen. Zusätzlich werden UN-Sanktionen verhängt und eine „*internationale Gemeinschaft*“ zusammengezimmert, die wirtschaftlichen und diplomatischen Druck ausübt. Jonathan Schell (in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Mai 2012) spricht davon, dass die amerikani-

waffenfähiges Material erzeugen. Sie werden nie gebaut werden, die USA halten ihre Zusagen wieder einmal nicht ein. Nordkorea tritt aus dem Atomwaffensperrvertrag aus und vermag es wohl, den Stand der Entwicklung eigener Atomwaffen weitgehend geheim zu halten. Die Unabhängigkeit des Landes ist erneut, wenn auch unter harten Opfern wegen der exorbitanten Kosten dieses Projekts, gegen die größte imperialistische Macht behauptet. Ein Erfolg, der im Land selbst nicht groß genug gefeiert werden kann, der aber auch in andere Länder mit ähnlichen Bedrohungsszenarien ausstrahlt. Solche Erfolge waren selten geworden, namhafte Persönlichkeiten sozialistischer Staaten oder aus Entwicklungsländern vermieden seit Jahren direkte Kontakte.

Es ist ein Markenzeichen nordkoreanischer Außenpolitik bis heute, dass sie die oberste Leitlinie von der Souveränität des Landes sehr ernst nimmt. Die meist sehr plumpen Versuche westlicher Staaten, Nordkorea unter Druck zu setzen, indem Gelder und Handelsberechtigungen nach Wohlverhalten gewährt oder entzogen werden, scheitern bislang regelmäßig. Nahrungsmittellieferungen fallen als taktisches Mittel ebenfalls unter dieses erpresserische Verhalten.

Der „anstrengende Marsch“: die Hunger- und Wirtschaftskrise Mitte bis Ende der 1990er Jahre

Erstaunlich ist diese Fähigkeit zur Selbstbehauptung aber auch deshalb, weil der Machtübergang auf Kim Jong-il nach dem Herztod des Vaters am 8. Juli 1994 alles andere als reibungslos verläuft.

Die nordkoreanische Erläuterung zum Tod des 82-Jährigen lautet, dass er in rastloser Sorge um sein Volk und aufgerieben von dem unablässigen Dienst für die Einheit Koreas gestorben sei und sein Land in unfassbarer Trauer hinterlassen habe. In „*Spontaninterviews*“ und allen öffentlichen Äußerungen wird der Trauerbekundung die umso festere Entschlossenheit angefügt, die Ziele des verstorbenen Führers zu verwirklichen. Dieser Ritus wird im Dezember 2012 vollständig wiederholt werden.

Kim Jong-il, der seit Mitte der 1970er Jahre fest an der Seite seines Vaters stand und seither der koreanischen Öffentlichkeit bekannt ist, war nach und nach mit einflussreichen Ämtern, zuletzt mit dem Vorsitz der

Nationalen Verteidigungskommission (NVK), versehen worden. Ob die Nachfolgeregelung aber wie vom Vater initiiert greift, bleibt zunächst ungewiss. Nordkorea wird eine dreijährige Trauerzeit auferlegt, während der keine politischen Entscheidungen veröffentlicht werden. Wie bereits gesagt, bleibt die außenpolitische Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit in diesen Jahren bestehen. Selbst die Hungerkrise, die das Land bis ins Mark erschüttert, beeinträchtigt die Führungsrolle des inoffiziellen Nachfolgers nicht erkennbar.

Ohne Zweifel erlebt die Bevölkerung den Machtwechsel als Abschied von zwar sparsamen, aber verlässlichen Zeiten. Es liegt kein Glück auf der neuen Herrschaft, weder die Partei noch die Volkskomitees vor Ort vermögen die Grundbedürfnisse in den dezentralen, verkehrstechnisch schwerer zugänglichen Regionen zu gewährleisten. Die praktische Pflicht zum Verbleib am Wohn- und Arbeitsort ist unter den Bedingungen der Nahrungsmittelnot und dem Wegbrechen von Arbeitsplätzen in Handwerk und Industrie nicht mehr aufrecht zu erhalten. Weil der Zuzug in die großen Städte aber nach wie vor kontrolliert und limitiert ist, ziehen Zehntausende, wenn nicht wesentlich mehr, durchs Land auf der Suche nach Arbeit und Nahrung.

Seit dieser Zeit setzt die illegale, weil es keine zwischenstaatlichen Vereinbarungen gibt, Wanderungsbewegungen nach Norden, nach China ein und die Behörden können nur mehr zusehen. Größenordnungen müssen äußerst vage bleiben, man dürfte sich aber der Wahrheit nähern, wenn man davon ausgeht, dass etwa eine halbe Million Nordkoreaner während der letzten 15 Jahre kürzer oder länger in einer der mandschurischen Provinzen Chinas Unterschlupf und Beschäftigung gefunden hat. Der koreanischen Führung kommt dabei entgegen, dass China kein Interesse hat, diese Arbeitsimmigration und den diese begleitenden Schmuggel offen zu thematisieren. China schließt die Grenze aus mehreren Gründen nicht: die koreanische Minderheit in der Mandschurei soll nicht verärgert werden, zu der mehrere Millionen

Menschen zählen – Genauer ist schwer zu sagen, weil Koreaner nicht zu den 56 offiziellen nationalen Minderheiten zählen, sie „besitzen“ ja einen eigenen Staat – und die vielfach verwandtschaftlich verbunden ist mit den Nordkoreanern. Und es gibt einen zweiten Grund, der offensichtlich wird, wenn vor dem Reisenden, der mit der Bahn aus Korea kommt, hinter dem Grenzfluss Yalu die Skyline Dandongs auftaucht. Der Bauboom in den Großstädten



Dandong und vor allem Shenyang nährt sich auch von der billigen und willigen Arbeitskraft koreanischer „Wirtschaftsflüchtlinge“.

Um ein Fazit zu ziehen, die soziale Kontrolle über die Menschen Nordkoreas und damit die Autorität des legitimen Führers haben nachgelassen. Dies führt im Land selbst zu hybriden Wirtschafts- und Existenzformen, die nicht aus besserer Einsicht, sondern aus Schwäche heraus geduldet werden, die auch nicht thematisierbar oder diskutierbar sind. Jenseits der vorgesehenen Verteilungs- und Versorgungsstrukturen haben sich längst „Bauernmärkte“, illegale Handelswege und persönliche Tauschbeziehungen herausgebildet, die helfen, die größten Mängel zu lindern. Eine Schicht von Profiteuren entsteht, die über kurz oder lang eigene Interessen entwickelt und vertritt, die sich in Opposition zur Regierungspolitik befindet.

Exemplarisch für die engen Grenzen, diese Entwicklungen unter den herrschenden Bedingungen zu stoppen oder gar umzukehren, sei auf das Desaster der Währungsreform im Spätherbst 2009 verwiesen.

Der inflationäre alte Won sollte im Verhältnis von 100:1 getauscht werden, pro Person in einer Gesamthöhe, die maximal drei durchschnittlichen Monatsgehältern entspricht. Eine weitere limitierte Summe darf zum Kurs von 1000:1 gewechselt werden. Spargelder, die darüber hinausgehen, werden ersatzlos entwertet. Das gerade in der inoffiziellen Wirtschaft erworbene Geldvermögen sollte damit abgeschmolzen werden. Die Geldmenge würde durch diese drakonische Maßnahme ein wenig näher an die spärliche Güterproduktion im Land herangeführt werden.

Im Gefolge des Beschlusses ist umgehend von Protesten, Schwarzgeldtausch in chinesische Yuan und Dollar, von geschlossenen Geschäften und geräumten Banken die Rede. Es sei, was bisher unbekannt war, zu spontanen Demonstrationen gekommen. Die Führung wiegelt ab, schließt regional, später national Kompromisse und zieht im März 2010 die ihr eigenen Konsequenzen: der Leiter des Finanzkomitees, Park Nam-ki, ein 77-jähriger Grande der Partei, wird zusammen mit einem Planungs(vize-)verantwortlichen wegen Sabotage an der Volkswirtschaft hingerichtet. Die Reform führt zu neuen Geldscheinen, aber zu keinem größeren Güterangebot. Die Einheit von Volksmassen und Partei (bzw. Militär, das längst an deren Stelle getreten ist) ist offensichtlich nicht mehr vorhanden. Dies verstärkt die Haltung in der Bevölkerung, die gesellschaftlichen Pflichten zwar abzu leisten, innerlich aber mehr und mehr damit zu brechen. Versammlungen, Feierstunden (natürlich für die Kims), gemeinsame Arbeitsleistungen bis hin zum Militärdienst werden mit Hilfe von Gefälligkeiten, Geld oder Waren abgekürzt oder vermieden.

Wie lange wird die Führung so noch weitermachen können, wie lange wird die Bevölkerung noch wollen? Diesen Fragen werde ich im letzten Teil, der sich mit dem Nordkorea der Gegenwart beschäftigt, nachgehen.

Großbritannien

Die Politik der Koalition wurde bei den Kommunalwahlen verworfen

Die Wahlen auf Gemeindeebene in Großbritannien am 3. Mai zeigten, wie unpopulär die Koalition von Tories und Liberaldemokraten im Lande ist. Sie zeigten aber auch einen steigenden Zynismus über die Politiker, wobei nur 30 % ihre Stimme abgaben. Labour hatte ein kleines Comeback mit 38 % im Vergleich mit 31 % für die Tories und 15 % für die Liberaldemokraten. 15% der Wähler stimmten für kleine Parteien und Unabhängige, die sich gut schlugen. In Bradford errang Respect, deren Gallionsfigur George Galloway im April einen Sitz im Parlament von Labour eroberte, fünf Sitze im Stadtrat. UKIP (UK Independence Party – anti-EU) hielt sich gut, da sie die Stimmen der rechten Tory-Anhänger auffingen, die mit Cameron unzufrieden waren. Ebenso verleibte sich die UKIP die Anhängerschaft der BNP ein. Diese verlor jeden ihrer Sitze, den sie verteidigte. Ihr sind jetzt nur noch drei Ratssitze in England verblieben.

In einigen Städten verloren die Liberaldemokraten jeden Sitz, der zur Wahl stand. In Edinburgh schlug ein Pinguin den liberaldemokratischen Kandidaten (ein Protestkandidat, der wie ein Pinguin gekleidet war). In Schottland schlug sich die SNP gut, aber Labour behauptete sich in den großen Städten. In Wales gewann Labour in den Industriegebieten in signifikantem Ausmaß von allen Parteien.

Das schwache Ergebnis für die Koalitionsparteien führte dazu, dass der rechte Flügel der Tories nicht nur offen nach einer Rechts- wende und einem Abrücken von der liberaldemokratischen Politik rief, wie z.B. gleichgeschlechtlichen Heiraten, sondern sie fordern Camerons Rückzug als Parteiführer. Eine Dissidentin, Nadine Dorries, bezeichnete die Führer der Tories als „dumme Jungen, die nicht einmal den Preis von einer Flasche Milch kennen“. Das stimmt: Lehrer in den Schulen berichten, dass Kinder an Unter-

nahrung leiden und sie kaufen den Kindern etwas zum Essen. Mütter gehen ohne etwas zu essen aus dem Haus, damit für ihre Kinder noch etwas zu essen bleibt. Dorries glaubt, dass Cameron schon vor Weihnachten sein Amt verliert.

In zehn großen Städten wurden die Wähler gefragt, ob sie einen gewählten Oberbürgermeister („Mayor“) haben wollten. (Traditionellerweise sind die Mayors symbolische Figuren ohne jede macht.) Außer in Bristol war die Antwort: nein, danke. In Salford und Liverpool wurden die Wahlen zum Oberbürgermeister ohne vorhergehendes Referendum abgehalten; beide Male gewann Labour. Gewählte Oberbürgermeister werden als nur noch ein teurerer Parasit mehr, für den man bezahlen muß, betrachtet. Als vor einigen Jahren in Hartlepool ein Oberbürgermeister zu wählen war, wählten die Wähler einen Affen (ein Mann, der als Affe verkleidet war, wie das Maskottchen des lokalen Fußballvereins).

In London wurde der Tory Boris Johnson als Oberbürgermeister wiedergewählt. Er errang einen knappen Sieg gegen Ken Livingstone von Labour. Livingstone hatte die Medien gegen sich. Über die Jahre hatte er sich wegen seiner Unterstützung für die palästinensische Sache einigen Teilen der jüdischen Gemeinschaft entfremdet. Auch wurde enthüllt, dass er den geringsten Steuersatz zahlte, indem sein Gehalt in eine Gesellschaft eingezahlt wurde, was für gewöhnliche Menschen nicht üblich ist. Im Wahlkampf ging es also mehr um Persönlichkeiten als um Politik. Boris wird als eine Art Clown angesehen und als abgetrennt von der konservativen Partei. Manche sehen ihn als möglichen Führer, wenn Cameron entlassen wird, aber er ist zu sehr „unfallgefährdet“, um ein Staatsmann zu sein, und er denkt nicht, bevor er seinen Mund aufmacht. Livingstones Niederlage lief gegen den sonst festzustellenden Trend.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 175 Frühjahr 2012, 36 S.

- Tarifrunde 2012
- Nordkorea: Die gefrorene Revolution, Teil I
- Lateinamerika 2012
- Die Kriminalisierung antifaschistischer Gesinnung
- 40 Jahre Berufsverbote
- Wie tief steckt der Staat im Naziterror
- Sozialproteste in Rumänien
- Nachruf auf Roy Thalheimer
- Rezensionen!

Nr. 174 Winter 2011/12, 32 S.

- Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise
- Unsere Jahreskonferenz
- 40 Jahre Gruppe Arbeiterstimme
- Proteste in Spanien
- Der Aufruhr in Großbritannien
- Modell Ungarn
- Vor 120 Jahren geboren: Alfred Schmidt

Nr. 173 Herbst 2011, 36 S.

- Kuba: Der Parteitag ist vorbei, die Arbeit beginnt
- Die nicht gehaltene Festspielrede 2011
- Die Spaltung der KPO 1938
- Zur Situation des politischen Gefangenen Ricardo Palmera in den USA
- Die Legende wird fortgeschrieben
- Rezension: Gedankenwelt Chinas als rationaler Gegenentwurf
- Rezension: Emanzipatorisches Denken in Jiddischen Liedern

Nr. 172 Sommer 2011, 36 S.

- NATO-Politik mit allen Mitteln
- Wird jetzt auch Bahrain bombardiert?
- Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Parteiengefüge
- 20 Jahre gewerkschaftlicher Widerstand im Ost-Deutschland
- Das Frühjahrsseminar der Gruppe in München
- Lateinamerika 2011
- Filmbesprechung: Wadans Welt

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

„Jetzt kommt unsere Stunde“

Die BBC-Rede von Heinz Kundel am 4. Januar 1945

Am 4. Januar 1945 sprach der Bremer Werftarbeiter Heinrich (Heinz) Kundel als Kriegsgefangener über den englischen Rundfunk BBC zu den deutschen Arbeitern. Er rief dazu auf, endlich „Schluss zu machen“ mit dem Krieg und mit jeder Gruppe zusammenzuarbeiten, „die den Sturz Hitlers will“. Dazu sei es nötig, „die Passivität und Niedergeschlagenheit, die wir in den Betrieben fanden“, zu überwinden. Sie „war für uns noch bedrückender als der Terror der Gestapo“. Eine Ursache dafür sah Kundel in den „Vorstellungen der alten Massenparteien“, in denen der Wille zur Einheit der deutschen Arbeiterschaft fehlte. Er plädierte deshalb dafür, sich der „eigenen Kraft bewusst zu werden“. Die Arbeiter „müssen sich organisieren, müssen solidarisch auch mit den ausländischen Arbeitern sein. Die deutsche Arbeiterschaft ist eine Kraft, wenn sie einig ist und wenn sie weiß, was sie will“.

Heinz Kundel gehörte als Kriegsgefangener zu den Deutschen, die an der Westfront im September 1944 in britische Gefangenschaft gerieten. Als anerkannter Antifaschist kam er ab Oktober 1944 in das Antifa-Lager Ascot, um dort im POW-Camp 7/II (Prisoner of War, P.W.) an deutschsprachigen Sendungen von BBC London zu arbeiten und in der Reihe der „Morgenstunde für deutsche Arbeiter“ (*Germans Workers` Dawn*) zu sprechen. Durch Zufall hatte seine Frau Lu diese verbotene, mit Zuchthaus bestrafte Sendung in Bremen heimlich mitgehört und dadurch erfahren, dass ihr seit langem vermissteter Mann noch lebte. Eine Szene, an die sie fast 50 Jahre später an der Seite ihres Mannes noch einmal im Bremer Rundfunk erinnerte.¹

Wer war Heinz Kundel? Der 1914 geborene Elektriker stammte aus einer alten Werftarbeiterfamilie, die zu den frühen Anhängern der Bremer Linken und der Räterepublik gehörte. Über seine Frau Lu, die Tochter des KPD-Mitgründers Adolf Dannat vom Dezember 1918 in Berlin, verstärkte sich der Kontakt zu den Führern der Bremer KPD. Als Mitglied der kommunistischen Kindergruppe lernte er

die führenden Bremer Kommunisten um Willi Deisen und Adolf Ehlers kennen, die ihn politisch prägten, besonders nachdem sie zu der Gruppe der Oppositionellen in der KPD gegangen waren. Ab 1930 Mitglied der KPD-Opposition (KPO), leitete Kundel den Bremer Jugendverband KJO und half dabei, im Herbst 1930 eine „Arbeitsgemeinschaft Bremer Arbeitsloser“ zu gründen – in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des ISK um Alexander Dehms und Wilhelm Heidorn, der als Werner Hansen im englischen Exil nach 1945 zu den Gründungsvätern des ADGB/DGB gehörte. Nachdem über 500 vornehmlich jugendliche Bremer Sozialdemokraten am 22. Oktober 1931 die SPD aus Protest gegen die Zustimmung der Partei zu den Notverordnungen und zum Nachrüstungsbeschluss (Panzerkreuzer A) verlassen hatten und die SAP gründeten, wechselte Kundel mit der Mehrheit der Bremer KPO-Mitglieder im Februar 1932 zur SAP. Als aktives Führungsmitglied im „Sozialistischen Schutzbund“ rief er immer wieder zur Einheitsfront von KPD und SPD auf. Noch am 14. Februar 1933 verteilte er ein Flugblatt in der Hoffnung, „rechtzeitig die aktive Einheitsfront herzustellen und nicht erst an den Gräbern der Opfer des faschistischen Terrors“. Davon ließ sich die Bezirksleitung der SAP leiten, als sie folgendes Schreiben an die Bezirksleitung der KPD und an den Ortsausschuss des ADGB richtete: „Erzwingt die Einheitsfront!“² Vergeblich. Auch in Bremen war der abgrundtiefe Riss der Arbeiterbewegung nicht zu überwinden. In „Dreiergruppen“ auf die Illegalität eingestellt, beteiligte er sich anschließend am antifaschistischen Widerstand, u. a. durch illegale Reisen in die Schweiz und nach Schwe-

den. Nach dem Reichsarbeitsdienst und dem Wehrdienst kam er ab 1937 als Techniker bei der AEG unter und blieb vom Kriegsdienst (Soldat auf Urlaub) für den Kriegsschiffbau freigestellt. Um einer zweiten Verhaftung zu entgehen, meldete er sich im August 1944 zum Heer. Vom September 1944 bis Juni 1946 blieb Heinz Kundel in britischer Kriegsgefangenschaft.

Aufenthalt und Arbeit in den Antifa-Lagern Ascot und Wilton Park.

Bevor Heinz Kundel nach Ascot kam, musste er sich drei bis vier Tage einer harten Prüfung und einem Verhör („Quetschmühle“) unterziehen und einen ausführlichen Lebenslauf verfassen. Dabei sollte er auch auf die besondere politische Situation in Bremen eingehen. Ein eng beschriebenes über 40-seitiges Manuskript zu den „Allgemeinen politischen Strömungen innerhalb der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft von 1939-1944“ war das Ergebnis, das wegen der präzisen Schilderung zur Situation der deutschen Bevölkerung im Krieg vom Leiter des Lagers ein positives „Date of confirm“ erhielt. Ab Oktober 1944 hielt er sich im Antifa-Lager Ascot auf. Wir folgen dabei neben seinen Erinnerungen in Gesprächen mit mir aus den Jahren 1979 bis 1982 dem Konvolut an Aufzeichnungen, Referaten, Anweisungen und Protokollen der Lagerversammlungen, Feierstunden und Kulturveranstaltungen, einschließlich der Zeitschriften der deutschen Kriegsgefangenen in Ascot und in Wilton Park, die er aus der Gefangenschaft mit nach Bremen transportierte und die er mir im Juli 1994 (als einem seiner „Nachlassverwalter“) überließ,

1– Vgl. Jörg Wollenberg, *Patrioten als Landesverräter. Aufstand des Gewissens und politischer Widerstand gegen die Nazis. Eine szenische Dokumentation im Kultursaal der Angestelltenkammer Bremen, ausgestrahlt von Radio Bremen, 31.8.1994. Dazu auch die Videofilmreihe „Bremer Arbeiterbiographien“: Heinz und Lu Kundel. Film V: Krieg, Gefangenschaft und erste Nachkriegsjahre (75 Minuten, davon 10 Minuten über das Lagerleben in Ascot), Bremen 1991.*

2– Vgl. Jörg Wollenberg u.a., *Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung 1929-33, Frankfurt/M. 1983, S. 121-124*

einschließlich wichtiger Briefe von Dannat, Pannekoek, Knief und Brandler, wie auch Akten seiner Tätigkeit ab 1946 als Funktionär der „Gruppe Arbeiterpolitik“, einer zunächst noch kleinen oppositionellen Gruppe innerhalb der KPD.

Folgt man der von ihm mitverfassten „Aufstellung der im Lager 7 Compound II aus politischen Gründen mit KZ, Gefängnis, Zuchthaus, Schutzhaft und Bewährungs-Btl. vorbestraften POW's“ dann verteilen sich unter den 248 Mann, darunter 38 Offizieren, die sich noch am 20.8.1945 im Lager befanden, die politischen Vorstrafen wie folgt: „Es befinden sich im Lager 47 POW's, für die obige Voraussetzungen zutreffen: Zuchthaus: 49 Jahre, 9 Monate; Gefängnis: 19 Jahre, 11 Monate; KZ: 32 Jahre, 4 Monate; Bewährungsbataillon: 28 Jahre, 9 Monate; Schutzhaft. 3 Jahre, 7 Monate.“

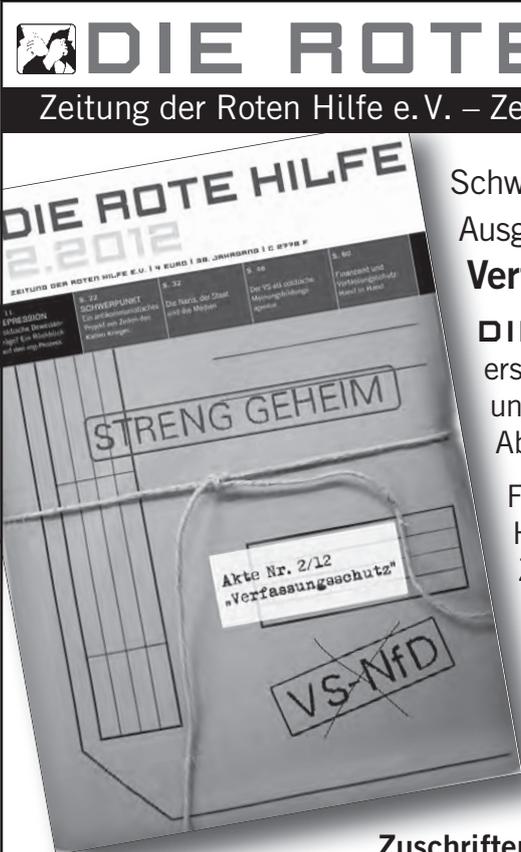
Der selbstverwaltete Lagerausschuss von Ascot hatte am 24. Juni 1944 u.a. folgende „Mindestforderungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ verabschiedet: „Jedem wird demokratische Freiheit der politischen und religiösen Meinungsäußerungen gewährleistet. Er muss jede vorgetragene Gedankengänge von seinen eigenen Ansichten abweichen sollten“. Und „Verdächtigungen persönlicher Art tragen nicht dazu bei, die Ruhe in einem Lager zu sichern; sie sind deshalb zu unterlassen“.

Der Beirat der Lagerverwaltung, dem Kundel eine Zeit lang angehörte, händigte Neuankömmlingen ein umfangreiches „Flugblatt“ aus, das u.a. folgendes „Grundsätzliches“ festhielt: „Kameraden! Ihr seid hier in einem antifaschistischen Kriegsge-

fangenenlager. Wir stellen über den Führer das deutsche Volk. Wir verwahren uns ausdrücklich gegen den NS-Grundsatz ‚Hitler ist Deutschland‘. (...) Hitler hat sich außerhalb und gegen das deutsche Volk gestellt und damit auch dem Fahnenidee die Grundlage entzogen. (...) Von diesen Auffassungen getragen, haben wir antifaschistischen Kriegsgefangenen uns eine Verfassung gegeben auf demokratischer Grundlage. Das Lager Ascot soll ein geistig-politisches Gepräge erhalten.“ Und das Flugblatt hält weiter fest: „Seit dem 2. Oktober 1944 haben wir eine Kriegsgefangenen-Sendung im Rahmen der BBC. Wir wollen die Brücke sein zwischen den deutschen Kriegsgefangenen und der Heimat. Wir sprechen in unserer eigenen Sendung. Wir sprechen nicht als Beauftragte Englands, sondern als Deutsche und nur als deutsche Kriegsgefangene, die entschlossen sind, täglich zu arbeiten an der geistigen Überwindung des Nationalsozialismus. Wir wollen unsere Stimme erheben gegen die faschistische Barbarei und vor der Heimat und vor der Welt beweisen, dass die Gleichung: Deutscher = Nationalsozialist nicht stimmt. Wir bilden als Kriegsgefangene, deren Gemeinschaft sich zusammensetzt aus Christen, Sozialisten und Angehörigen der demokratischen Mitte, eine große Einheitsfront all derer, die unter Hitler gelitten haben.“

In der Tat befanden sich diese unterschiedlichen Gruppen im Lager Ascot: Im „Roten Kreml“ versammelten sich die Kommunisten und Sozialisten, darunter neben Heinz Kundel Günther Cwojdrak³, Albert Rohloff, Günter Linde, Fritz Borges, Bernhard Hoffmann und der „russischen Spion“ Oberst Orloff (Paul Schulz). Im bürgerlichen Block der Christen, im sogenannten Vatikan, der damals noch konservative Katholik Eduard von Schnitzler, weiter der Enkel vom einstigen Reichskanzler Bethmann-Hollweg und Baron Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Dazu „Angehörige der Demokratischen Mitte“ wie Adam Trott zu Solz und die Wissenschaftler Ludwig Flachskamp, ein Romanist aus Aachen, oder der Jurist Schneider aus Prag. Sie wählten eine einmal in der Woche tagende Lagerversammlung, die einen Beirat ernannte aus 4 Liberalen, 4 Christen und 4 Mitgliedern der KPD/SPD. Dieses oberste Lagerorgan wählte sich seinen ehrenamtlichen Vorsitzenden in offener oder

Anzeige



DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e. V. – Zeitung gegen Repression

Schwerpunkt der Ausgabe 2/2012:
Verfassungsschutz

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten Hilfe e. V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Zuschriften und Anfragen an:
Rote Hilfe Redaktion
Postfach 32 55,
37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de

Abonnieren:
Rote Hilfe e. V., Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

**Auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

geheimer Wahl. Der hauptamtliche Lagerführer als Verwaltungsleiter wurde dagegen von der englischen Militärverwaltung bestimmt. Und die ernannte den Sozialdemokraten von der Gruppe Neu Beginnen, Waldemar von Knoeringen mit dem Pseudonym von Holt, zum Leiter.

Das Lager verfügte über mehrere Einrichtungen, darunter Arbeitsgemeinschaften und Studienkurse, die von prominenten deutschen Wissenschaftlern abgehalten wurden, u. a. von Kurt Mandelbaum, Bernhard Menne, Otto Kahn-Freund, Dr. Hillmann. Kundel fertigte ausführliche Mitschriften an und legte eine Abschlussprüfung erfolgreich ab. Dazu kamen Sprachkurse in englisch, französisch und russisch und eine Bibliothek, geöffnet von 11-12 und von 18-19 Uhr.

Kundels herausragende Tätigkeit bestand in der Mitarbeit an BBC-Sendungen und an amerikanischen Radiostationen. Zusätzlich konnten Flugblätter ausgearbeitet werden. Angeleitet wurden die Kriegsgefangenen dabei u. a. von Hugh Carlton Greene, Richard Crossman, Hellmut von Rauschenplat (Fritz Eberhard), Erwin Schoettle, Paul Frölich. Einige stellten mit Kundel und Rohloff ihre Mitarbeit bei der Herstellung von Flugblättern bald ein, weil diese über Deutschland von Bomberflugzeugen abgeworfen wurden. Herausragend blieb die Pressearbeit im Lager: Der Deutschlandspiegel (Germany Day by Day) informierte täglich über Ereignisse in Deutschland. Nr. 1484 z. B. am 10. Mai 1945 über die deutsche Kapitulation in der internationalen Presse. Dazu kamen eigene Presseorgane wie die Monatsschrift *Planung und Freiheit* ab März 1945; *Das Echo*, ein Wochenorgan, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Presse in Ascot. Beliebt waren außerdem politische Kriegsgefangenen sendungen. Am 30. Oktober 1945 kündigten z. B. einige Kriegsgefangene mit Heinz Kundel den „Abschied von Robert Ley“

als Auseinandersetzung mit der DAF an. Mit beteiligt waren Otto Steinke aus Berlin, Heinz Seydel aus Mittweida, Willi Semmelroth aus Bonn, Wilhelm Zimmermann aus Essen, Albert Rohloff aus Hannover, Bruno Stoewsand aus Cuxhaven, Günter Linde aus Lickau und Georg Egel aus Berlin. Die politische Bühne Ascot, der „Leierkasten“, erfreute sich großer

Solz, in Ascot eine eigene Zeitschrift für Deutschland zu gründen. Für die geplante Monatszeitschrift *Vor Tagesanbruch* hatte er schon „Lizenz, Papier und Kapital“ besorgt und wollte einen Stab von 40 Menschen als ehrenamtliche Redakteure auswählen. „Kommunisten, Sozialdemokraten und Menschen aller anderen Parteirichtungen“ sollten zu Wort kommen und „die Probleme des antifaschistischen

Deutschlands, aber auch die Probleme der deutschen Umwelt aufgreifen“. Wirkungsvoller erwies sich dagegen die Pressearbeit in Wilton Park mit dem zentralen Organ *Anruf*, einer Zeitschrift der deutschen Kriegsgefangenen mit dem Ziel, „die Kluft zu überbrücken, die zwischen den Gedankengängen der Sieger und der Besiegten dieses Krieges besteht“, wie es im Geleitwort vom Februar 1946 heißt. Im Re-education-Center Wilton Park/Beaconsfield verbrachte Heinz Kundel ab Ende Januar 1946 die letzten sechs Wochen seiner Kriegsgefangenschaft unter der Leitung des Oxford-

Historikers Heinz Koeppler als Absolvent des Kurses über „bürgerlich-parlamentarische Demokratie“. Koeppler war eine der zentralen Figuren der „German Educational Reconstruction“ nach 1945, verantwortlich für eine Umschulungsarbeit in den Lagern, die weitgehend unabhängig von den britischen Einflussnahmen funktionierte. Er sorgte mit dafür, dass gegen den Willen von Heinz Kundel, Wolfgang Abendroth und Jürgen Kuczynski nicht die Einheit als „Glaubensbekenntnis“ der erneuerten und geeinten Arbeiterbewegung siegte, sondern im Einflussbereich der Westalliierten sich erneut die sozialdemokratische Hegemonie durchsetzte, für die u. a. Willi Eichler, Fritz Eberhard, Hans Gott-

Sonderbericht

Hoon 407

German Workers' Dawn
WORKERS' P.O.W. No. 33 (Kundel)4th January 1945
6 a.m.

Ich spreche heute als Kriegsgefangener zu Euch und vielleicht erkennt der eine oder der andere meine Stimme. Wie oft haben wir in den vergangenen Jahren im Luftschutzstutzpunkt zusammen gesessen oder sind durch dunkle Strassen gelaufen und haben diskutiert. Wie oft haben wir uns die Frage vorgelegt, hat es noch einen Sinn weiter zu machen? - Kann man mit Dreiergruppen und Vertrauensleuten einen entscheidenden Einfluss gewinnen? - So mancher gute Genosse, der noch in den Vorstellungen der alten Massenparteien dachte, war deprimiert und machte nicht mehr mit. Die Passivität und die Niedergeschlagenheit, die wir in den Betrieben fanden, war fuer uns noch bedrueckender, als der Terror der Gestapo. Wir, die Unentwegten machten weiter. Aber mit der Dauer des Krieges, mit den wachsenden Leiden und Opfern, mit jeder Niederlage an den Fronten, wuchs unsere Zahl und unser Einfluss.

Nach fuerf Jahren Krieg sahen auch die Passivsten und Mutloosesten unter uns, dass die Angst vor den Konsequenzen des Handelns, das eigene Leben und das der Familie nicht rettet und sichert. So mancher der UK-Gestellten glaubte den Krieg sicher ueberwintern zu koennen, wurde ausgekannat, kam an die Front und fiel. Auch fuer die Daheingeblichenen kann die Bomben.

In den letzten Monaten diskutierten wir nicht mehr ueber die Notwendigkeit mit dem Krieg Schluss zu machen. Des Krieges ist heute jeder muede. Was uns beschaeftigte war die Frage WIE koennen wir Schluss machen?

Ich glaube wir sind uns in einem Punkte alle einig. Um Schluss zu machen, muessen die Arbeiter wieder ihrer eigenen Kraft bewusst werden. Muessen sich organisieren, muessen solidarisch auch mit den auslaendischen Arbeitern sein. Die deutsche Arbeiterschaft ist eine Kraft, wenn sie einig ist und wenn sie weiss, was sie will. Mit jeder politischen Gruppe, die den Sturz Hitlers will, muessen wir zusammenarbeiten. Wir muessen uns der Isolierung, aus der Passivitaet heraus und handeln. Zwouf Jahre lang unter den fuerchtbarsten Naziterror haben wir uns nicht brechen lassen. Jetzt kommt unsere Stunde. Seien wir bereit sie wahr zu nehmen.

EE/

END

Popularität: „Fast 13 Jahre haben wir in Deutschland nur den propagandistischen Leierkasten des Dritten Reiches zu hören bekommen. Jetzt endlich können wir wieder eigene Melodien spielen“, verkündete die „Politische Bühne“ am 1. Mai 1945. Heinz Kundel arbeitete außerdem intensiv an der Ascot-Ausgabe der *Freien Tribüne* mit, dem von der KPD geprägten Organ der „Freien Deutschen Bewegung“ (FDB) und dem „Freien Deutschen Kulturbund“ (FDKB). Hier kam es schon Ende 1943 zu einer heftigen Kontroverse zwischen Jürgen Kuczynski und Leopold Ullstein um die Höhe der Reparationen, die der Varga-Plan für die Kriegszerstörungen in der Sowjetunion fordert³. Ebenso umstritten blieb der Plan von Adam Trott zu

3- Vgl. Günther Cwojdrak, *Kontrapunkt. Tagebuch 1943-1944, Berlin und Weimar 1989*, S. 120-125.

4- Vgl. *Freie Tribüne*, 5.Jg, Dez.1943, ebenda Jan.1944. Dazu Werner Röder, *Die deutschen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945, Hannover 1968*, S. 212; *Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und in Palästina, Bd. 5: Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945, 1981*, S. 170ff.

furcht, Fritz Borinski, Fritz Tarnow und Richard Löwenthal im englischen Exil und in Wilton Park plädierten.

Folgen der Rückkehr nach Bremen

Der nicht erst in Ascot, seiner Ersatzuniversität, gut geschulte Heinz Kundel erlebte nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft – mit Umwegen über das Lager Colchester und Antwerpen – ab Juni 1946 erneut große Enttäuschungen: Wohl hatte die Bremer Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF) vom 6. Mai bis zum 16. Dezember 1945 sich immer wieder dafür eingesetzt, „die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei“ als Hauptziel zu fordern⁶. Aber ausgerechnet sein politischer Ziehvater und Mitgründer der KGF, Adolf Ehlers, war inzwischen als Senator von der KPD zur SPD gewechselt und ihm folgten in Bremen u. a. August und Irmgard Enderle von der KPO, Hermann Lücke von der SAP und Fritz und Frieda Paul vom ISK, die alle noch am 16. 12. 1945 die „Entschließung zur Bildung einer Einheitspartei“ mit verfasst hatten. Mit seinem Jugendfreund Gustav Böhrnsen trat er noch im Juni 1946 in die KPD ein, pflegte aber seine lokalen und überregionalen Kontakte zu den alten KPO- und SAP-Genossen. Wegen „Brandlerismus“ erfolgte im Januar 1950 der Ausschluss aus der KPD. Kundel gehörte anschließend zu den Mitbegründern der „Gruppe Arbeiterpolitik“ und wurde Mitglied der überregionalen Leitung dieser Gruppe der Anhänger von August Thalheimer und Heinrich Brandler. Seit 1980 war er aktives Mitglied im „Arbeitskreis Bremer Arbeiterveteranen“, mit denen ich als Hochschullehrer in Bremen und als VHS-Leiter in Nürnberg eng kooperierte.

Neben zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen (Zeitzeugenberichte) beteiligte sich diese Gruppe an der Realisierung einer viel gezeigten

Fortsetzung auf Seite 36

5– Gemeinsam begann es 1945. „Der Aufbau“ schrieb das erste Kapitel. Originalgetreuer Nachdruck des „Aufbau“, Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF); Bremen 1945/46, Frankfurt/Main 1978, Nr.11, Jan. 1946, S.5–8.

Zum Thema Linkspartei erreichte uns folgende Zuschrift aus Göttingen:

Zuschrift

(...) Am Wochenende findet nun hier in Göttingen der Parteitag Der „Linkspartei“ statt; die jeweilige Stärke der Flügel u. Strömungen ist abzuwarten und macht dann eine Wertung der letzten Landtagswahlergebnisse, insbesondere NRW, abschließend möglich. Worauf es mit dieser Partei hinausläuft, egal wer dort im Vorstand vertreten sein wird, ist dennoch längst absehbar. Wenn sie sich nicht zu dumm anstellen, kann sich der Wahlverein bundespolitisch zwischen sechs bis acht Prozent weiterhin im Bundestag positionieren. Mit zwei bis vier Prozent im Westen reicht das hin, was den Laden bzw. Apparat schon aus Selbsterhaltungsgründen zusammenzwingt. Individuelle Abgänge mögen vorkommen, aber Spaltung gefährdet Mandate und Geldzuflüsse, also sind Ost wie West aufeinander angewiesen. Beim Stimmenpolster Ost darf nicht übersehen werden, dass etwa fast fünfzig Prozent der Wahlberechtigten schon bei Landtagswahlen gar nicht hingehen, die „Linke“ auch in Landstrichen mit über dreißig Prozent Zustimmung nur über begrenzte, d.h. relative Anziehungskraft verfügt. In der Rückschau von 2005 bis 2010 erscheint der Wahlerfolg zentriert auf das politische Comeback von Oskar Lafontaine wie ein politisches Strohfeuer, dem alsbald die „Brennsubstanz“ ausging, nämlich die lokale Akzeptanz von Personen vor Ort, die tatsächliche Wählerinteressen klassenpolitisch repräsentieren. Gerade dazu ist man nicht fähig und meint mit Bekenntnispolitik für alle möglichen „vernachlässigten“ Minderheiten breitere Akzeptanz zu finden. Regenbogenpolitik ohne Oskar-Effekt fällt im Westen außer in großstädtischen Zentren mit entsprechender Szene aber hinten runter; so ist man wieder da, wo schon die PDS-West war und hätte sich das ganze Gezerre um die „Neugründung“ sparen können. Zwanzig Jahre sitzen nun die „Linken“ der Illusion auf, mit dem sozialdemokratischen Rest der SED historisch durchstarten zu können; wer aber programmatisch auch nur Dunst verkündet, (sozial/

gerecht/demokratisch/friedlich – so ein Plakat am Straßenlaternenmast aktuell hier in Göttingen) muß sich nicht wundern, der SPD kein nennenswertes Potential abspenstig machen zu können mittels erfolgter Lernprozesse. Das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern spricht ein vernichtendes Urteil über die Akzeptanz der Partei „Die Linke“ aus.

An Friedrich Engels sei zu erinnern, der 1873 im Hinblick auf den „Lassalleanismus“ Bebel riet, „auf die große noch teilnahmslose Masse zu wirken. Eine einzige neue Kraft, die man aus dem Rohen heraus selbst herangezogen hat, ist mehr wert als zehn Lassallesche Überläufer, die immer den Keim ihrer falschen Richtung mit in die Partei hineintragen.“ Ähnlich die heutigen Menschen- u. Friedensfreunde, die wie damals „nun vor allem nachweisen müssen, dass sie ihren Grundsätzen nicht abtrünnig geworden“. 1990 liegt mehr als zwanzig Jahre zurück und es ist überfällig, endlich die Illusion des Zusammenklumpens von SED-Restbeständen und westdeutschen Moralaposteln beiseite zu lassen. Eine „Partei der Sozialen Republik“ ist notwendig, die statt von „sozialer Gerechtigkeit“ zu schwafeln, die Funktionsweise des Sozialstaates als umverteilten Anteil des Gesamtprodukts erklärt, von dem möglichst viel jenen zukommen sollte, die es erarbeiten. Diese Ausgangsposition ist zu sichern, um dann einen Ausweg aus der kapitalistischen Produktionsweise zu bahnen.

*Projekt Arbeiterpartei
Göttingen, 01.06.2012*

Anzeige

Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle. Berlin 1932

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Ausstellung zu „Bremen 1933-45. Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede“. Als wir diese Ausstellung im Herbst 1983 in der Akademie der Arbeit in Frankfurt zeigten, faszinierte Heinz Kundel mit Hermann Prüser die Studenten der Gewerkschaftshochschule während der Eröffnungsveranstaltung so sehr, dass die anwesenden Brückenbauer der Linken, die Professoren Wolfgang Abendroth und Walter Fabian, nicht mehr zu Wort kamen.

Wenn wir dieses Ereignis abschließend zu einer idealtypischen Überhöhung nutzen, so lässt sich nach dem laut verkündeten „Abschied vom Proletariat“ festhalten:

Während der Bremer Werftarbeiter und einstige Betriebsratsvorsitzende der Vorreiterwerft, der AG

Weser, Hermann Prüser (KPD/DKP), den Typus des unbestechlichen, nicht korrumpierbaren Proletariers verkörperte, der selbst den schlimmen Niederlagen nach 1933 und nach 1950 noch handlungsmotivierende Elemente abtrotzte, so steht Heinz Kundel für den Typus der analytisch klugen Veteranen, des „Arbeiterprofessors“ – kein Intellektueller von Haus aus und doch mit wechselseitig hoher Affinität zu kritischen Intellektuellen. Er neigte bei vergleichbaren Erfahrungen leicht zur moralischen Enttäuschung über die Arbeiterbewegung, zum Überstrapazieren der Fehlerdiskussion. Dabei dominierte häufig jene rückwärts gewandte Prophetie, die vor dem Hintergrund schon früh formulierter zeitgenössischer Analysen aus den Jugendzeiten auf die

KPO- und SAP-Theoretiker einer Krisen- und Faschismusinterpretation zurückgreift und damit glaubt, auch für heute verbindliche Antworten geben zu können. Die Tendenz zum politischen *Michael Kohlhaas* beschränkt diesen „Erfahrungstypus“ in seiner Wirkung auf eine Minderheit der politisch motivierten Arbeiter – mit einer starken Akzeptanz bei Intellektuellen. Die Stärke dieser Verarbeitungsstrategie liegt zweifellos in der Differenzierung und systematischen Analyse historischer Erfahrungen. Die Schwäche besteht darin, dass sich die Erfahrungsverarbeitung gelegentlich von der historischen Realsituation entfernen kann und damit auch der Erwartungshorizont unrealistischer zu werden droht.

Jörg Wollenberg



240 Seiten, Paperback, € 12,-

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der Arbeiterstimme in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

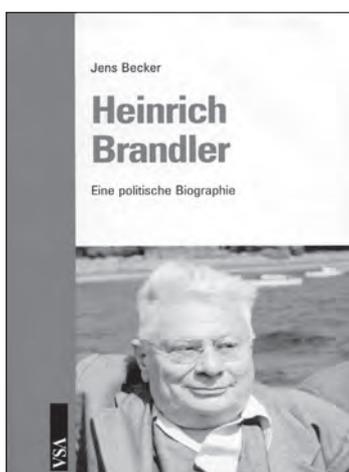
Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute

andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

Bestelladresse: T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org



510 Seiten, Paperback, € 20,-



624 Seiten, Paperback, € 20,-



168 Seiten, Paperback, € 10,-